

Königsberg und die Revolution von 1848

von

William J. Orr, Jr.

Im allgemeinen haben sich Forschungen über die Revolution von 1848 in Preußen auf die Hauptstadt, entweder auf die Handlungen der preußischen Regierung oder auf die Aktionen der Berliner Revolutionsbewegung, konzentriert. Dieses Interesse ist begreiflich, denn die denkwürdigsten und folgenreichsten Ereignisse, sowohl der Ausbruch als auch das Ende der Revolution, spielten sich in Berlin ab. Wenn auch Darstellungen über den Verlauf der Revolution in den Provinzen nicht völlig fehlen, sind unsere Kenntnisse dieser Seite der 1848er Revolution doch kaum so vollständig, wie sie es sein sollten — insbesondere sind sie es nicht in bezug auf die östlichen Provinzen, denen, mit Ausnahme des unruhigen Schlesiens, man erst neuerdings die gebührende Beachtung zu widmen scheint. Darum versucht der folgende Aufsatz, Hintergrund, Verlauf und Bedeutung der Revolution von 1848 in einer der wichtigsten Städte Preußens darzustellen.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts war Königsberg mit einer Einwohnerschaft von ungefähr 75 000 die viertgrößte Stadt der preußischen Monarchie und nach Breslau die größte Stadt im preußischen Osten. Die Größe dieser Stadt war aber keineswegs ein Spiegelbild ihrer wirtschaftlichen Lebenskraft und Bedeutung. Ganz im Gegenteil: das ganze Ostseengebiet Preußens litt unter wirtschaftlichem Stillstand, wofür man viele Gründe anführen kann. Der Wohlstand am Ende des 18. Jahrhunderts, der auf dem wachsenden Getreidebedarf begründet war, hatte im Jahre 1806 infolge der Napoleonischen Kriege und deren Hauptfolgen: Zerstörung, Requisitionen, Steuererhebungen und Kontinentalsperre, plötzlich aufgehört. Leider brachte auch die Nachkriegszeit keine dauernde wirtschaftliche Erholung. Die englischen Getreideverordnungen beeinträchtigten den Seehandel, und der russische Grenzzoll verschloß Preußen sein traditionelles Absatzgebiet in Polen. Dazu kam die durch Getreideüberschüsse und sinkende Preise gekennzeichnete Agrarkrise der 1820er Jahre, die die Wirtschaftsnot noch steigerte. Damals begann auch der Niedergang des Handwerks, denn es konnte der wachsenden industriellen Konkurrenz in England und Westeuropa nicht standhalten, insbesondere nach der Gründung des Zollvereins. Schließlich fehlte Ostpreußen ein ausreichendes Binnenverkehrsnetz, ein Mangel, der erst mit der Vollendung der Ostbahn im Jahre 1853 teilweise überwunden wurde.¹

1) A. Bukowski: Pomorze w dobie narastania i rozwoju kapitalizmu [Pommern und Westpreußen in der Zeit der Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus], in: Konferencja Pomorska 1954, Warschau 1956, S. 135—150; Ernst Ferdinand Müller: Zur Wirtschaftsgeschichte des Preußenlandes von der Herzogszeit bis zum Weltkriege, in: Deutsche Staatenbildung und deutsche Kultur im Preußenlande, hrsg. vom Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen,

Der Zustand Königsbergs war ein deutliches Beispiel dieser allgemeinen Sachlage. Der Seehandel, ein wichtiger Maßstab der Lebenskraft dieser Stadt, erreichte erst in den fünfziger Jahren voll den Umfang der Jahre vor 1806. Dieser Rückgang wurde auch nicht durch ein wesentliches Wachstum neuer Industrie ausgeglichen. Ein Zeitgenosse bezeichnete die Lage so: „An bedeutenden Fabriken leidet Königsberg, wie die Provinz Preußen überhaupt, Mangel.“ Abgesehen von den Steinfurthschen Maschinenwerken bestand die örtliche Industrie aus Zucker-, Seifen- und Tabakfabriken, von denen keine mehr als 90 Arbeiter beschäftigte. Im ganzen Königsberger Regierungsbezirk waren Ende des Jahres 1843 nur 23 Dampfmaschinen mit insgesamt 430 PS in Betrieb, erbärmliche Zahlen im Vergleich zu beispielsweise 172 Dampfmaschinen mit 5 022 PS im industrialisierten Düsseldorfer Regierungsbezirk oder zu 123 Dampfmaschinen mit 4 183,5 PS in Berlin.²

Natürlich mußte diese wirtschaftliche Stagnation gewisse soziale und politische Konsequenzen zeitigen. Es fehlte den Königsberger Liberalen jene mächtige Basis in den Kreisen von Wirtschaft, Industrie und Finanz, die den Liberalismus in Westeuropa charakterisierte. Obwohl die Bewegung in den vierziger Jahren in der östlichen Kaufmannschaft Anklang fand, entstammten doch ihre Führungskräfte zum größten Teil nicht dem Kaufmannsstande, sondern setzten sich aus Ärzten, Lehrern, Juristen, einigen Studenten und Literaten zusammen. Von Anfang an waren diese Politiker mehr von ideellen Beweggründen als von wirtschaftlichen Interessen bestimmt. Wenn auch sittlicher Ernst und persönlicher Mut den Königsberger Liberalismus zunächst in die vordersten Reihen der preußischen Opposition geführt hatten, mußte die fehlende Unterstützung durch kräftige Wirtschafts- und Klasseninteressen doch auf die Dauer eine fatale Schwäche bewirken.

In den ersten Jahren der Restaurationszeit war das politische Leben in Königsberg ganz unbedeutend. Zwar war im Jahre 1817 an der Albertus-Universität eine Burschenschaft begründet worden, aber sie war eine harmlose Organisation und wurde zudem von der Unterdrückungswelle, die den Karlsbader Beschlüssen folgte, fortgespült.³ Darüber hinaus zeigten sich in der Stadt erst in den dreißiger Jahren politische Interessen. Zunächst erregte die Pariser Julirevolution Anteilnahme auch im fernen Königsberg; nach dem Ausbruch der Novemberrevolution in Warschau

Königsberg 1931, S. 512 ff.; R. Stein: Die Umwandlung der Agrarverfassung Ostpreußens durch die Reform des neunzehnten Jahrhunderts, Bd III, Königsberg 1934, S. 106 ff.; R. Pape: Die Entwicklung des allgemeinen Wohlstandes in Ostpreußen seit dem Anfange des 19. Jahrhunderts, Königsberg 1909.

2) Dillenburg: Beitrag zur Geschichte des Handels von Königsberg, in: Zs. des Königlich-Preußischen Statistischen Bureaus 9 (1869), S. 53—66, 273—304; K. Faber: Die Haupt- und Residenzstadt Königsberg in Preußen, Königsberg 1840, S. 309—320; W. Dieterici: Die statistischen Tabellen des Preußischen Staates nach der amtlichen Aufnahme des Jahres 1843, Berlin 1845, S. 159.

3) H. Prutz: Die Königliche Albertus-Universität zu Königsberg in Preußen im neunzehnten Jahrhundert, Königsberg 1894, S. 71 ff.

begeisterten sich die Königsberger noch mehr für den polnischen Freiheitskampf, besonders nach der Flucht einiger Rebelleinheiten über die Grenze, die Ostpreußen oft in engen Kontakt mit den polnischen Revolutionären brachte.⁴

Mehr als alle anderen Ereignisse dieses Jahrzehnts aber trug die große Choleraepidemie im Jahre 1831 zum politischen Bewußtsein dieser Stadt bei. Was dieser Krise eine politische Dimension gab, waren die starren, gefühllosen, ja sogar sinnlosen Maßnahmen, die von Berlin angeordnet wurden: die Durchsetzung einer totalen Quarantäne, die das Wirtschaftsleben lahmlegte und die Familien voneinander trennte, sowie die Aufstellung abschreckend maskierter Trupps, die die Toten wie infizierten Abfall behandelten und sie in mit Kalk bestreute Massengräber warfen. Hervorragende Mediziner — so z. B. der angesehene Dr. Karl Friedrich Burdach, ein Gegner der Ansteckungstheorie — geißelten diese Maßregeln als sinnlos und provozierend — doch vergebens. Am 28. Juli 1831 rotteten sich, als Folge von Gerüchten über die angebliche Vergiftung armer Leute durch Ärzte und wegen tatsächlicher Mißhandlungen Kranker, die untersten Bevölkerungsschichten zusammen. Dabei erlebte die Stadt die größten und gefährlichsten Unruhen des Jahrhunderts, einen Aufruhr, der 30 Tote forderte. Auf diese Weise ging die Bedeutung der Epidemie über die durch sie verursachten Leiden und Zwangsmaßnahmen hinaus, denn die Vorfälle des Jahres 1831 hatten das Mißtrauen gegen die Regierung dermaßen erregt, wie nur wenige andere Ereignisse es hätten tun können. Viele der späteren politischen Zwistigkeiten in der Stadt gingen auf dieses Jahr zurück.⁵

Obgleich die nächsten Jahre ruhig verliefen, entwickelte sich indes der Keim einer politischen Opposition. In der Hauptsache war diese das Werk jener bemerkenswerten Persönlichkeit, Königsbergs berühmtesten Politikers Dr. Johann Jacoby (1807—1877).⁶ Der Schlüssel zum Verständnis seiner Politik ist in seiner jüdischen Herkunft zu suchen. Aus Entrüstung über die zweitklassige Behandlung seiner jüdischen Mitbürger wurde Jacoby ein unerbittlicher Gegner des preußischen Regimes. In seinem

4) F. Gause: Die Geschichte der Stadt Königsberg in Preußen (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart, Bd 10), 3 Bde, Köln, Wien 1965—1971, Bd II, S. 454; J. Jasiński: Odgłosy powstania listopadowego w Prusach Wschodnich [Das Echo des Novemberaufstandes in Ostpreußen], in: Komunikaty Mazursko-Warmińskie 1957, Nr. 2 (57), S. 101—102; A. Jung: Königsberg und die Königsberger, Leipzig 1846, S. 50—51.

5) E... d: Aus den Erlebnissen der Provinz Preußen i. J. 1831 beim ersten Auftreten der Cholera, in: Altpreußische Monatsschrift 21 (1884), S. 7 ff.; K. F. Burdach: Rückblick auf mein Leben, Leipzig 1848, S. 385 ff.; Richter: Der Volksauflauf in Königsberg am 28. Juli 1831, in: Preußische Provinzialblätter 7 (1832), S. 158—170, 263—278; Faber, Königsberg, S. 271—278.

6) Über Jacobys Jugend und frühe Laufbahn vgl. R. Adam: Johann Jacobys politischer Werdegang, in: Historische Zeitschrift 143 (1931), S. 48—76; E. Silberner: Zur Jugendbiographie von Johann Jacoby, in: Archiv für Sozialgeschichte 9 (1969), S. 5—68. Eine gute Charakteristik Jacobys bei F. Falkson: Die liberale Bewegung in Königsberg 1840—1848, Breslau 1888, S. 50 ff.

Ringen um die jüdische Emanzipation entwickelte er sich schließlich zum Verfechter der menschlichen Freiheit überhaupt — daraus erwuchs zuerst sein Bekenntnis zum demokratischen Radikalismus und später zum Sozialismus. Während der dreißiger Jahre versuchte Jacoby, die Zwangsmaßnahmen der Regierung zu durchbrechen, indem er die behördliche Chole- rapolitik bekämpfte, Streitschriften gegen die zeitgenössische Judenpolitik veröffentlichte und auch eine liberale Bewegung in Königsberg begründete. Am Ende des Jahrzehnts hatte er eine Gruppe bürgerlicher Intellektueller und liberaler Kaufleute zusammengebracht, die sich regelmäßig im Café Siegel trafen, das lange ein Zentrum oppositioneller Tätigkeit blieb. Dank seiner Anstrengungen erwachte endlich im Jahre 1838 die Universität aus der ihr durch die Karlsbader Beschlüsse auferlegten Untätigkeit und gab eine Erklärung zugunsten der „Göttinger Sieben“ ab, eine Handlung, die den preußischen Behörden keineswegs gefiel.⁷

Diese Entwicklung war aber nur ein Vorgeschmack auf jene liberale Oppositionsbewegung, die die Stadt nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. im Jahre 1840 erfaßte. Zahlreiche Beschwerden führten zum Liberalismus des Vormärz in Königsberg. Hier wie in der ganzen Monarchie waren die Liberalen von der Bürokratie enttäuscht, über eine bevor- mündende Zensur verärgert und erzürnt und verdrossen über die vom Ministerium Eichhorn durchgesetzte Politik der kirchlichen Orthodoxie und der Unterdrückung des akademischen Lebens. Man verlangte Reformen: volle religiöse Toleranz, hiermit auch Emanzipation des Judentums; Gerichtsreformen einschließlich der Einführung von Geschworenengerichten; öffentliche und mündliche Gerichtsverfahren; Abschaffung gerichtlicher Exemtionen; Umgestaltung der Selbstverwaltung durch eine bessere Vertretung der Interessen des Kaufmanns- und des Gebildetenstandes in den Provinziallandtagen. Doch vor allen Dingen sehnten sich die Liberalen nach einer Nationalvertretung mit regelmäßigen Sitzungen und echten Haushaltsvollmachten. Andere Klagen betrafen meist lokale Angelegenheiten. Königsberger Wirtschaftskreise beklagten z. B. den wirtschaftlichen Stillstand, und nicht ohne Berechtigung gaben sie dem russischen Protektionismus die Schuld an dem Notstand in der Provinz Ost- und Westpreußen. So protestierten im Jahre 1842 prominente Kaufleute und führende Persönlichkeiten gegen die Erneuerung eines preußisch-russischen Vertrages, der Preußen dazu verpflichtete, russische Deserteure auszuliefern. Preußen — so argumentierte man — solle sich nicht vor dem barbarischen zaristischen Regime beugen, oder zumindest solle es darauf bestehen, die Konvention nur gegen wirtschaftliche Zugeständnisse zu erneuern.⁸

7) P. Schuppan: Johann Jacoby und die antif feudale Opposition in Preußen am Beginn der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Geschichte 7 (1972), S. 105; G. von Selle: Geschichte der Albertus-Universität zu Königsberg i. Pr., Würzburg ²1956, S. 308.

8) Die Hauptforderungen der Liberalen wurden schon 1842 in einer Artikelserie der „Königsberger Zeitung“ erörtert. Vgl. Inländische Zustände, hrsg. von der „Königsberger Zeitung“, 3 Bde, Königsberg 1842, Bd I, S. 7—32, 50—51,

Am Anfang der vierziger Jahre überbot Königsberg alle anderen Städte der Monarchie in seinen Forderungen nach liberalen Reformen. So war der Huldigungslandtag vom September 1840 die erste öffentliche Versammlung, wo preußische Untertanen ihren König ersuchten, seines Vaters vergessene Versprechen zu erfüllen, nämlich eine Verfassung und eine Nationalvertretung zu gewähren. Im Februar 1841 verlangte Johann Jacoby in seiner berühmten Flugschrift „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen“ noch dringender und nachdrücklicher die Einführung einer Nationalvertretung und die Abschaffung der demütigenden Zensur. Sein Prozeß wegen Majestätsbeleidigung und anderer Vergehen, schließlich seine Freisprechung im Jahre 1843 waren von unvorhersehbarer Bedeutung für die Verbreitung des Liberalismus in ganz Preußen. In ähnlicher Weise war die „Königsberger Zeitung“ mit der Veröffentlichung ihrer Artikelserie über „Inländische Zustände“ die erste preußische Zeitung, die der Zensur trotzte und sich für ein umfassendes Programm liberaler Reformen aussprach. Schließlich wurden die wachsenden Forderungen nach politischen und sozialen Reformen jahrelang in erster Linie vom (ost- und west-)preußischen Provinziallandtag erhoben, hierzu angespornt besonders von Königsberger und Elbinger Abgeordneten.⁹

Auch nachdem Städte wie Breslau und Gebiete wie die Rheinprovinz angefangen hatten, Ostpreußen in bezug auf Höhe und Intensivität ihrer Forderungen zu überholen, gedieh die Bewegung in Königsberg weiter. Viele Vorfälle, vielleicht weniger bekannt als die schon erwähnten, beweisen am besten den Erfolg der Opposition durch die Gewinnung von weitergehendem Einfluß und von einer größeren Anhängerschaft. Ebenso bedeutsam waren die Hartnäckigkeit der preußischen Behörden und die Gereiztheit Friedrich Wilhelms IV., die nicht nur diese Bewegung nicht zu dämpfen vermochten, sondern sie noch aufreizten und ihr neue Anhänger lieferten.

Als Beispiel dafür darf man die Verhältnisse an der Universität anführen. Viele Jahre lang war ihre politische Rolle bescheiden gewesen. Wenn die philosophische und die medizinische Fakultät einem gemäßigten Liberalismus zuneigten, so war dieser Hang durch akademischen Anstand und den Konservatismus der Theologen und Juristen aufgewogen.¹⁰ Eine ähnliche Spaltung herrschte unter den Studenten. So war die Wiederbelebung der Burschenschaft „Hochhemia“ im Jahre 1838 ein Vorbote

54—55, 69—75, Bd II, S. 42—45, 54—56, 63—66, Bd III, S. 1—4, 20—29, 35—47, 62—78. Über den Widerstand gegen die Kartellkonvention vgl. R. Prutz: Zehn Jahre. Geschichte der neuesten Zeit, 2 Bde, Leipzig 1850—1856, Bd II, S. 226 ff.

9) Vgl. H. E. von Groll: Ostpreußens Anteil an der politischen Bewegung des Vormärz, (Diss.) Tübingen 1935.

10) Über die Professoren, die Studenten und den allgemeinen Charakter der Universität vgl. L. Friedländer: Aus Königsberger Gelehrtenkreisen, in: Deutsche Rundschau 88 (1896), S. 41 ff.; Prutz, Die Albertus-Universität, S. 146 ff., 209; Selle, Geschichte der Albertus-Universität, S. 215—219; [K. L. Bender]: Königsberg und seine Männer, in: Die Grenzboten 6 (1847), Bd IV, S. 20.

zunehmender politischer Betätigung. Es waren auch Studenten und ehemalige Studenten wie Albert Benno Dulk, Rudolf von Gottschall und Ferdinand Gregorovius, die durch Drama, Satire und Dichtung die politische Unterdrückung, die Klassenprivilegien und die starre Religiosität des vormärzlichen Preußen — im Falle Dulks auch das Eheleben und die sexuellen Vorurteile der Bourgeoisie — anprangerten.¹¹ Jedoch hielten sich zahlreiche andere Studenten von der Politik zurück, insbesondere die Theologen, die wegen ihrer drückenden Armut oft keinen größeren Ehrgeiz hatten, als ihre Examen zu bestehen und eine sichere Pfarrstelle zu finden.

Immerhin konnte die „Albertina“ der politischen, religiösen und geistigen Gärung der vierziger Jahre kaum entgehen, und die ungeschickten und unwirksamen Maßnahmen der preußischen Behörden verschlechterten die Beziehungen zwischen Regierung und Universität. Im Jahre 1841 z. B. demonstrierten die Studenten gegen den neu angestellten konservativen Theologen Christian Andreas Hävernick, dem, zu Recht oder zu Unrecht, nachgesagt wurde, als Student ein Denunziant der unorthodoxen Professoren Gesenius und Wegscheider zur Zeit des „Hallischen Rationalistenstreites“ von 1831 gewesen zu sein. Noch Jahre danach hielt Hävernick seine Vorlesungen vor leeren Sälen. Natürlich hatte diese Episode die preußische Regierung und insbesondere den König erbittert, und sie äußerten sich über die akademische Leitung, die die Täter nicht gemäßregelt hatte, sehr unzufrieden.¹²

Im Jahre 1843 brachen neue studentische Unruhen aus, nachdem der Rektor den Studenten die Teilnahme an den Vorträgen des Satirikers Ludwig Walesrode verboten hatte. Dieser, ein Jude, ursprünglich aus der Gegend von Hamburg, der wahrscheinlich zwecks Erlangung einer Aufenthaltsgenehmigung in Königsberg zum Christentum übergetreten war, hatte sich schon, dank seiner geistreichen Reden im Vorjahr, im ganzen Lande einen Ruf erworben. Nun übte seine neue Vortragsreihe eine noch beißendere Kritik an der Regierung und der verhaßten Zensur.¹³

11) R. von Gottschall: Aus meiner Jugend, Berlin 1898, S. 100 ff.; J. Hönig: Ferdinand Gregorovius als Dichter (Breslauer Beiträge zur Literaturgeschichte, N. F., H. 39), Stuttgart 1914, S. 63—70. Über Dulk vgl. L. Fränkel: Albert Benno Dulk, in: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd XLVIII, S. 149 ff.; Falkson, Liberale Bewegung in Königsberg, S. 15—16; J. Nadler: Geistiges Leben Ost- und Westpreußens bis zur Gegenwart, in: Deutsche Staatenbildung (vgl. Anm. 1), S. 553—554.

12) Prutz, Die Albertus-Universität, S. 142 ff.; Selle, Geschichte der Albertus-Universität, S. 513—514; Burdach, Rückblick auf mein Leben, S. 454—457. Der König drohte sogar, sein Ehrenrektorat niederzulegen. Vgl. H. Rothfels: Theodor von Schön, Friedrich Wilhelm IV. und die Revolution von 1848 (Schriften der Königsberger Gelehrten Gesellschaft, Geisteswiss. Kl., 13. Jg., H. 2), Halle 1937, S. 233—234.

13) Über Walesrodes Leben vgl. die kurze Darstellung in: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd XL, S. 729—730. Vgl. auch J. Jacoby: Briefwechsel 1816—1849, hrsg. von E. Silberner, Hannover 1974, S. 153, und Falkson, Liberale Bewegung in Königsberg, S. 75 ff. Text der Vorträge von 1843 bei L. Walesrode: Unterthänige Reden, Zürich 1843.

Da Walesrode unter den Studenten sehr populär war, gaben sie ihr Mißvergnügen mit dem Verbot dadurch zu erkennen, daß sie zum Hause des Rektors marschierten und ihm eine Katzenmusik darbrachten. Das war die erste große Demonstration in der Stadt, und sie alarmierte die Leitung der Universität dermaßen, daß sie Walesrodes Freund Rudolf von Gottschall, der an der Demonstration teilgenommen und für Walesrodes Vorträge geworben hatte, auswies. Walesrode selbst mußte für seine Dreistigkeit mit mehreren Monaten Gefängnis in der düsteren Graudenzer Festung büßen.¹⁴

Neue Reibungen trübten die 300-Jahrfeier der Universität im August 1844. Es sollte ein frohes Ereignis sein; aber lange hatte der König die Hoffnungen der Albertina gedämpft, da er zuerst eine Einladung zu der Feier ablehnte und seine Absage mit seiner Verstimmung über die Affäre Hävernicks rechtfertigte. Obwohl Friedrich Wilhelm endlich nachgab, wußte er jedoch seine Teilnahme auf ein Mindestmaß zu beschränken; während der Zeremonien verbargen er und Minister Eichhorn nicht ihren Widerwillen gegenüber der Universität und dem verhaßten Zeitgeist. Besonders aufsehenerregend war Eichhorns öffentlich ausgesprochene Verspottung der akademischen Freiheit, Äußerungen, die den ehrwürdigen Professor Burdach anspornten, nicht nur die Forschungsfreiheit, sondern auch die Studentenverbindungen wie die Burschenschaften kühn zu verteidigen. Ihren Höhepunkt erreichte die Feier am 30. August, als nach geheimen Vorbereitungen Jacobys die bis dahin größte Demonstration stattfand, der Marsch von über tausend Studenten und Bürgern zu Burdachs Haus, wo ihm ein donnerndes Lebehoch dargebracht wurde.¹⁵ So bedeutete die 300-Jahrfeier für den König und Eichhorn einen Prestigeverlust, für die Liberalen dagegen einen Propagandaerfolg.

Aber erst im nächsten Jahr erreichte die vormärzliche Bewegung in Königsberg ihre größte Ausbreitung als Folge der Auflösung der Königsberger Bürgergesellschaft.¹⁶ Diese Gesellschaft war im Dezember 1844 mit zwei Zielen begründet worden: erstens, um der Bevölkerung außerhalb der Enge des Familienlebens gesellschaftliche und kulturelle Anregungen zu verschaffen, und zweitens, um eine Vermischung aller bisher voneinander getrennten sozialen Schichten zu fördern. Die Organisation war in jeder Hinsicht erfolgreich: schon im April hatte sie über tausend Mitglieder. Obwohl unter den Gründern der Bürgergesellschaft gewisse prominente Liberale zu finden waren, wußte diese Gruppe jedoch immer politi-

14) Falkson, Liberale Bewegung in Königsberg, S. 78; Gottschall, Aus meiner Jugend, S. 115—116; Jacoby, Briefwechsel, S. 376.

15) Burdach, Rückblick auf mein Leben, S. 460—469; Falkson, Liberale Bewegung in Königsberg, S. 90—105; E. Silberner: Johann Jacoby 1843—1846. Beitrag zur Geschichte des Vormärz, in: International Review of Social History 14 (1969), S. 369—373.

16) Für die folgende Darstellung vgl. G. Dinter: Die Bürgergesellschaft in Königsberg, ihre Entstehung, Entwicklung und Auflösung, in: Neue Preußische Provinzial-Blätter, 3. Folge, 4 (1859), S. 59—96; Falkson, Liberale Bewegung in Königsberg, S. 106—143; Jung, Königsberg und die Königsberger, S. 79 ff.

sche Themen zu vermeiden. Doch brachten Konzerte, Vorlesungen und andere Veranstaltungen sowohl Handwerker wie auch Intellektuelle, Arbeiter und Kaufleute in einem gemeinsamen Unternehmen zusammen, und deshalb war sie eine der beliebtesten Gesellschaften in der Geschichte der Stadt.

Daher kann man die Bestürzung und den Zorn vieler verstehen, als das Innenministerium im April 1845 die Bürgergesellschaft als eine unerlaubte politische Vereinigung auflöste. Vergebens protestierten die Mitglieder dagegen, und vergebens auch wandten sie sich direkt an den König. Da sie keine Abhilfe fanden, setzten die uneingeschüchterten Königsberger ihre Versammlungen im Böttchershöfchen, einem Biergarten außerhalb der Stadtgrenzen, fort, und bis zum Sommer 1845 hatten diese Zusammenkünfte schon fast 6 000 Zuschauer herangelockt. Bedenklicher war, daß sie nunmehr einen politischen Anstrich erhielten. Diese oppositionelle Tätigkeit gipfelte in einem großen Treffen in Pillau, wo Vertreter Königsbergs und seiner Nachbarstädte Elbing, Fischhausen, Braunsberg und Heiligenbeil eine von Jacoby entworfene Erklärung annahmen, in der die bestehende politische Ordnung kritisiert und die Einführung einer Nationalvertretung gefordert wurde. Wohl mußten die Behörden jetzt ihre unbedachten Maßnahmen gegen die Bürgergesellschaft bereuen; denn durch die Unterdrückung einer harmlosen, ja sogar nützlichen Gesellschaft führten sie Demonstrationen herbei, die die Aufmerksamkeit ganz Deutschlands erregten.

Schließlich mußte die Polizei eingreifen: sie forderte die Führer dieser Versammlung auf, alle politischen Reden einzustellen, und verurteilte Jacoby und den Kaufmann Martin Otto Ballo, die sich diesem Befehl widersetzt hatten, zu Geldstrafen. Ob diese Strenge oder vielmehr das einsetzende kühle Herbstwetter diesen Versammlungen ein Ende bereitete, läßt sich nicht feststellen. Jedenfalls dauerten private Zusammenkünfte im Herbst fort, aber die Behörden mischten sich nicht ein, da sie jene nicht für eine Fortsetzung der alten Bürgergesellschaft hielten.¹⁷ Zuletzt wurde ein Kompromiß erreicht: Für alle Angelegenheiten der Praxis ließ man die alte Organisation in der neuen „Städtischen Ressource“ wieder aufleben. Von 1846 bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1851 setzte die „Städtische Ressource“ ihre kulturelle Tätigkeit fort, wenn diese auch offenbar nie einen solchen Enthusiasmus hervorrief, wie es der Vorläufer getan hatte.¹⁸

Wenn auch die Liberalen die Kontroversen der Jahre 1844/45 relativ erfolgreich zu überstehen vermochten, so verloren sie doch gleichzeitig dauerlicherweise Gönner innerhalb der Königsberger Beamtenschaft. Der erste Schlag kam im Jahre 1842, als der liberale Oberpräsident Theodor von Schön vom Amte zurücktrat, und zwar zur selben Zeit, als sein uner-

17) Staatliches Archivalager Göttingen, Staatsarchiv Königsberg (Archivbestände Preußischer Kulturbesitz), Rep. 2, Tit. 40, Nr. 2, vol. 17, fol. 394.

18) Falkson, *Liberale Bewegung in Königsberg*, S. 136–143; A. Jung: *Charaktere, Charakteristiken und vermischte Schriften*, 2 Bde, Königsberg 1848, Bd II, S. 226–252.

bittlicher Gegner, der reaktionäre Innenminister Gustav von Rochow, mit dem er in einem jahrelangen würdelosen politischen Zwist gestanden hatte, auch zum Rücktritt gezwungen worden war.¹⁹ Schöns Nachfolger war der wohlmeinende, doch unfähige Karl Wilhelm Bötticher, ein konservativer Bürokrat, dessen bis zu seinem Abgang im März 1848 durchgesetzte Maßnahmen in Potsdam mehr Anklang fanden als in der Stadt Kants.²⁰ Weniger beachtet, aber ebenso folgenreich waren die Veränderungen in der Militärverwaltung. Mit Schön ging auch der durch seine Verbindung mit Rochow kompromittierte General Friedrich von Wrangel. An seine Stelle als Oberbefehlshaber des I. Armeekorps trat aber der reaktionärere General Graf Friedrich zu Dohna-Schlobitten, der wegen seiner engen Kontakte zu so mächtigen Ratgebern des Königs wie dem Grafen Anton zu Stolberg einen noch gefährlicheren Einfluß auszuüben vermochte. Man darf vermuten, daß Dohna zur Berufung seines Freundes Bötticher beigetragen hat. Jedenfalls begannen sich die Beziehungen zwischen Zivil- und Militärbehörden, die bis 1842 hier im Vergleich zu anderen Orten in Preußen vielleicht erträglicher gewesen waren, zu verschlechtern, bis schließlich 1847 die sonst so vorsichtigen Stadtbehörden auf Dohnas Entfernung drängten.²¹ Abgeschlossen wurde diese antilibérale Säuberung im Jahre 1845 mit der Versetzung des Polizeipräsidenten Bruno Abegg. Schon lange hatte Abegg wegen seiner freundschaftlichen Beziehungen zu den Liberalen und der lockeren Handhabung der Zensur das Mißfallen seiner Vorgesetzten erregt; nun gelang es endlich dem wiederholt angestachelten Bötticher, diesen letzten hohen liberalen Beamten zu versetzen.²² Abeggs Nachfolger, Julius Lauterbach, stand in dem Ruf eines unbeirrbaren konservativen und ängstlich pflichttreuen Beamten, er wurde daher zu einem der am meisten verhaßten Männer in der Stadt. Sicher darf man diese Veränderungen in der provinziellen und städtischen Verwaltung als eine bedeutsame Sache für den zunehmenden Umschwung in der gemäßigten und liberalen öffentlichen Meinung nicht unterschätzen.

Ein wichtiges Resultat dieser Neubesetzungen war eine oft strenge Behandlung der religiösen Dissidenten in Königsberg in den Jahren 1845—1848. Einen Hauptzug der vormärzlichen Opposition bildete die Ausbreitung des Sektenwesens in Preußen in den vierziger Jahren. Weil sie den Buchstabenglauben und den Dogmatismus verurteilten und statt dessen für ein rationalistisches und humanistisches Christentum eintraten, stellten die Deutschkatholiken und die protestantischen „Lichtfreunde“ einen wichtigen Protest gegen die von der preußischen Regierung nach dem

19) H. von Treitschke: Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, 5 Bde, Leipzig 1928, Bd V, S. 153—157.

20) Altpreußische Biographie, hrsg. von Chr. Krollmann, Königsberg 1941, Bd I, S. 67.

21) Mittheilungen aus dem Leben des Feldmarschalls Grafen Friedrich zu Dohna, Berlin 1873, S. 109, 117—118, 154—155.

22) R. Adam: Polizeipräsident Abegg. Beitrag zur Geschichte des vormärzlichen Liberalismus in Preußen, in: Altpreußische Forschungen 10 (1933), S. 321.

Jahre 1840 vertretene orthodoxe Kirchenpolitik dar. Da der preußische Staat religiös Abtrünnige toleranter behandelte als politisch Andersdenkende, waren diese Sekten oft ein verkappter Sammelpunkt für diejenigen, deren Beschwerden gegenüber dem Regime eigentlich mehr politischer als religiöser Natur waren.

Im April 1845 nahmen einige Königsberger Katholiken die Vorgänge des vorangegangenen Jahres in Sachsen und Schlesien als Vorbild und begründeten eine eigene deutschkatholische Gemeinde, die sofort und aus verständlichen Gründen Anklang und Unterstützung von seiten der städtischen Behörden dieser überwiegend protestantischen Stadt fand. Im Juni des Jahres wurden Johannes Ronge und Johannes Czarski, die Gründer dieser Sekte, während eines Besuches von über 3 000 Bewunderern jubelnd empfangen und durch einen Fackelzug geehrt. Die Stadtgemeinde selbst aber blieb winzig.²³

In demselben Jahr dehnte sich das Dissidententum auf die Protestanten aus. Im April stiftete der Pfarrer der französisch-reformierten Kirche, Louis Guillaume Daniel Détroit, die „Gesellschaft der Protestantischen Freunde“. Wegen seiner Lossagung von den Glaubenssätzen seiner Kirche wurde Détroit im Laufe des Jahres suspendiert; 1847 schließlich wurde die Organisation selbst verboten.²⁴

Dauerhafter und bedeutender wurde die Bewegung von Julius Rupp, dem Begründer der „Freien Religiösen Gemeinde“, einem Mann, der wie Jacoby zum Symbol des Königsberger Widerstandes gegen religiöse und politische Unterdrückung werden sollte. Eine rätselhafte Gestalt, nicht ohne einige charismatische Züge, predigte Rupp ein Christentum nach dem undogmatischen Muster seines Mentors Schleiermacher. Für seine Stellung als Divisionsprediger hatte er sich nie geeignet; tatsächlich war er sehr unbeliebt beim Grafen Dohna, der aus Abneigung gegen dessen unorthodoxe Einstellung auf seine Entfernung gedrängt hatte.²⁵ Schließlich suspendierte ihn das Königsberger Konsistorium im September 1845 auf Grund einer Predigt im Dezember 1844, in der Rupp das Athanasische Bekenntnis verleugnet hatte. Im Jahre 1846 gründeten Rupp und seine treuen Anhänger eine eigene Gemeinde, die fortan mit behördlichen Schwierigkeiten ringen mußte. Trotzdem fuhr sie fort, den Behörden mit ihren Gottesdiensten, Taufen, Trauungen usw. zu trotzen. Angesichts des unklaren rechtlichen Status der Dissidenten zögerten die lokalen Behörden, die Gemeinde aufzulösen; und so blieb die Sache noch

23) Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 2, vol. 17, fol. 273; Gause, Geschichte der Stadt Königsberg, Bd II, S. 502; F. F. Kampe: Geschichte der religiösen Bewegung der neuern Zeit, 4 Bde, Leipzig 1852—1860, Bd I, S. 53—54, Bd II, S. 6. Dieses Werk, zwar eine unerläßliche Auskunftsquelle zur Geschichte des Dissidententums, muß jedoch mit Vorsicht gebraucht werden, denn Kampe war Parteigänger und übertrieb oft die Stärke und den Einfluß dieser Bewegungen.

24) Gause, Geschichte der Stadt Königsberg, Bd II, S. 503; Kampe, Religiöse Bewegung, Bd II, S. 201—202; Altpreußische Biographie, Bd I, S. 129.

25) Mittheilungen aus dem Leben des Grafen Dohna, S. 123—124.

bis zum Vorabend der Revolution ungeklärt, was gewiß zumindest für eine Weile die Gemeinde von jenen Nöten verschonte, unter denen die Dissidenten später in den Jahren der Reaktion so sehr zu leiden hatten.²⁶

Es ist nicht einfach, Rupps Einfluß zu ermessen. Zahlenmäßig war seine Gemeinde unbedeutend: obwohl ihre Zusammenkünfte Ende des Jahres 1845 600 bis 700 Teilnehmer anzogen, behielt sie im nächsten Jahr nur etwa 50 reguläre Mitglieder.²⁷ Es darf jedoch nicht bezweifelt werden, daß Rupps Widerstand ihm die Achtung und Liebe seiner Mitbürger gewann. Seine Wahl in die zweite Kammer des Preußischen Landtages im Februar 1849 war ein Beweis seiner Popularität, so wie seine Verfolgung und die seiner Anhänger während der fünfziger Jahre die Furcht der Behörden bekundete.

Das Jahr 1847 — ein so wichtiges für die Geschichte Preußens überhaupt — ging in Ostpreußen ziemlich ruhig vorbei. Allerdings war die Lage auch hier infolge der Mißernten, steigender Lebensmittelpreise und Arbeitslosigkeit sehr ernst; sie spiegelte sich in der wachsenden Zahl umherziehender Bettler wider. Die öffentliche und private Wohltätigkeit half ein wenig. Bötticher versprach, Getreidevorräte auszuteilen, die Stadtbehörden stellten Suppenküchen auf, und die „Städtische Ressource“ schuf einen Arbeitsvermittlungsdienst. Vielleicht ist es durch diese Maßnahmen zu erklären, daß Königsberg, im Gegensatz zu Berlin und anderen Städten und Dörfern der preußischen Monarchie, von Hungerkrawallen verschont blieb.²⁸

Mit der Einberufung des Vereinigten Landtags belebten sich die politischen Aktivitäten nach einjähriger Stockung wieder. Eine kleine Zahl von Konservativen ausgenommen, forderte die politisch aktive Bürgerschaft die Ablehnung des Februarpatents, mit dem der König zuletzt diese veraltete und sehr unrepräsentative Nationalvertretung des preußischen Staates bewilligt hatte. Auch der Plan des Baues einer Ostbahn fand nicht den Anklang, den man erwartet hatte: viele Königsberger waren sogar der Meinung, daß die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Inneren und die Wiederherstellung der alten Handelsbeziehungen mit Polen dem Wirtschaftsleben der Provinz nützlicher gewesen wären als der Bau einer Eisenbahn, die wohl nur die Provinz der verderblichen Konkurrenz aus Westeuropa aussetzen könnte.²⁹ Im Landtage selbst stimmten alle drei Königsberger Abgeordneten gegen die Anleihe, und

26) P. K o n s c h e l: Julius Rupp, in: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd LIII, S. 635 ff.; K a m p e, Religiöse Bewegung, Bd II, S. 202—204, 222—229, Bd III, S. 277—278, 300—301; Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 2, vol. 17, fol. 353, 394, 420, vol. 18, fol. 12, 76, 149, 304, 433.

27) Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 2, vol. 18, fol. 76.

28) Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 2, vol. 18, fol. 369; G a u s e, Geschichte der Stadt Königsberg, Bd II, S. 527; J a c o b y, Briefwechsel, S. 366—367; J u n g, Charaktere, Bd II, S. 246.

29) [W. R ü s t o w]: Die politischen Parteien in Königsberg und der vereinigte Landtag, in: Unsere Gegenwart und Zukunft, hrsg. von K. B i e d e r m a n n, 8 (1847), S. 291—332.

nach ihrer Rückkehr nach Königsberg wurden sie gefeiert. Im allgemeinen wurde der Ton der Zeitungen und der politischen Diskussion schärfer. Schließlich, am 18. November 1847, traten die Stadtverordneten kühn hervor: dem Vorschlag der „Ressource“ folgend, entwarfen sie eine Bittschrift an den König, worin sie um eine Nationalvertretung, um Pressefreiheit und ein deutsches Parlament ersuchten. Diese Bittschrift wurde nie beantwortet, denn ehe der König dazu Gelegenheit hatte, überholte die Märzrevolution ihn und die ganze alte Ordnung.³⁰

Am 1. März erhielt Königsberg die ersten Nachrichten über die Pariser Februarrevolution.³¹ Bald danach geriet die Stadt in politische Unruhen, doch spielten sich während der Märztage hier freilich nicht solche katastrophalen Ereignisse ab, wie sie gleichzeitig Berlin, Breslau oder die Provinzen im Westen erschütterten. Am 6. März fluteten mehr als tausend aufgeregte Menschen in das Gebäude der „Städtischen Ressource“, die an diesem Tage ihre regelmäßige Montagszusammenkunft abhielt; sie brachten rasch den Vorstand zum Schweigen und setzten dann eine Adresse an den König auf, in der sie ein vereinigtes Deutschland, eine Nationalversammlung und Pressefreiheit forderten.³² Durch diesen Vorfall beunruhigt, entschloß sich die Königsberger Regierung am 9. März, die „Ressource“ aufzulösen, machte jedoch später diese Anordnung rückgängig und warnte vielmehr die Führer dieser Organisation vor allen politischen Diskussionen während des nächsten Zusammentreffens. Unterdessen liefen Gerüchte von bevorstehenden Unruhen durch die ganze Stadt.³³

Am 13. März traf die „Ressource“ wieder zusammen, und diesmal war die Menschenmenge so groß, daß sie nicht nur das Versammlungslokal, sondern auch die angrenzenden Straßen füllte. Die schon aufgeladene Atmosphäre wurde noch gespannter, als der Vorsitzende Raphael Jakob Kosch den Anwesenden das Verbot politischer Diskussionen mitteilte. Auf der Straße wurde der Haufen immer unruhiger und erst durch das Erscheinen von Jacoby und Rupp beschwichtigt. Nach dem Schluß der Sitzung wollte die Menge nicht auseinandergehen; sie wartete ab und nahm zahlenmäßig zu. Um 11 Uhr abends fingen 300 bis 400 Arbeiter an, tumultartig durch die Straßen zu ziehen, und machten vor dem Polizeigebäude halt, der Wohnung des verhaßten Lauterbach, die sie mit Steinen bewarfen. Die Behörden riefen das Militär an, das diese Unruhe sofort

30) Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 2, vol. 18, fol. 343; R. Armstedt: Geschichte der Königlichen Haupt- und Residenzstadt Königsberg in Preußen, Stuttgart 1899, S. 307.

31) Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem (Preußischer Kulturbesitz), Rep. 92, Nachlaß Bötticher, Paket 6, Bötticher, Tagebuch, 1. März 1848.

32) [A. Jung]: Königsberg in seiner politisch-socialen Entwicklung des letzten Jahrzehnds, in: Die Gegenwart 4 (1850), S. 498—499. Text der Adresse bei: J a c o b y, Briefwechsel, S. 398.

33) Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 92 Nachlaß Bötticher, Paket 6, Bötticher, Tagebuch, 9. und 10. März 1848.

mit erheblicher Brutalität unterdrückte. Insgesamt wurden 42 Aufrührer verhaftet; Tote hatte es nicht gegeben.³⁴

Die Stadt erlebte danach zwar keine weiteren Gewalttätigkeiten, die politische Agitation nahm jedoch nicht ab. Am 14. März forderten die Stadtverordneten den Rückzug des Militärs und die Aufstellung einer Bürgerwehr. Eine Deputation wurde zu Bötticher geschickt, nicht nur, um diese Forderungen durchzusetzen, sondern auch, um die Schaffung von Arbeitsplätzen für arbeitslose und unruhige Arbeiter zu erbitten. Der Oberpräsident lehnte die erste Forderung ab, versprach aber, die zweite zu erfüllen.³⁵ Am folgenden Tage trafen die Stadtverordneten wieder zusammen, diesmal, um den König zu ersuchen, das amtierende Kabinett zu entlassen, die Zensur aufzuheben und Versammlungsfreiheit und religiöse Toleranz zu gewährleisten.³⁶ An jenem Tage versammelten sich auch 80 Vertreter aus verschiedenen ost- und westpreußischen Städten bei dem prominenten Königsberger Kaufmann Malmro. Auf dieser Sitzung kam eine besonders scharfe, von Jacoby entworfene Resolution zustande, die die politische Rückständigkeit in Preußen beklagte und u. a. die Berufung einer echten Nationalvertretung mit Ministerverantwortlichkeit, die Bewaffnung der Bürger, den Bruch mit Rußland, die Aufnahme Ost- und Westpreußens in den Deutschen Bund und die Respektierung der Rechte der polnischen Einwohner Preußens verlangte.³⁷ Der nächste Tag ging ruhig vorbei; am 17. März aber kamen ungefähr 200 bis 300 meistens studentische Teilnehmer zusammen, die wiederum eine Adresse mit den nun schon bekannten politischen Forderungen an den König richteten. An sich war die Versammlung unbedeutend, aber sie legte wachsende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Behörden bloß: Bötticher wünschte strenge Gegenmaßnahmen, während Lauterbach und die Regierung nicht wollten, daß man die Einwohner durch neue Verhaftungen reize.³⁸

Tatsächlich war diese Vorsicht vollkommen richtig. Als Nachrichten über Straßenkrawalle in Berlin und die Revolution in Wien Königsberg erreichten, wurde die Stimmung immer erregter. Außerdem wuchs die

34) [Jung], Königsberg, S. 499—500; E. Silberner: Johann Jacoby in der Revolution von 1848/49, in: Archiv für Sozialgeschichte 10 (1970), S. 164—165; Leben des Grafen Dohna, S. 129; Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 92 Nachlaß Bötticher, Paket 6, Bötticher, Tagebuch, 13. März 1848.

35) Silberner, Jacoby in der Revolution, S. 165; Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 92 Nachlaß Bötticher, Paket 6, Bötticher, Tagebuch, 14. März 1848.

36) „Vossische Zeitung“ Nr. 68 vom 21. März 1848; „Elbinger Zeitung“ Nr. 34 vom 18. März 1848.

37) Text der Adresse bei Jacoby, Briefwechsel, S. 400—401. Vgl. auch Silberner, Jacoby in der Revolution, S. 165; Brigitte Winkler-Seraphim: Das Verhältnis der preußischen Ostprovinzen, insbesondere Ostpreußens, zum Deutschen Bund im 19. Jahrhundert. II. Teil: Von 1848 bis 1866, in: ZfO 5 (1956), S. 6.

38) Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 92 Nachlaß Bötticher, Paket 6, Bötticher, Tagebuch, 18. März 1848; Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 2, Tit. 30, Nr. 30, vol. 1, fol. 17.

allgemeine Spannung infolge der Furcht vor russischer Einmischung. So verlangte man ernstlicher denn je eine Bürgerwehr, nicht nur als Schutz gegen einen fremden Angriff, sondern auch als Ersatz für das verhaßte Militär. Am 19. März besuchte Jacoby den Oberpräsidenten Bötticher und bat um die Bewaffnung des Volkes, aber ohne Erfolg. Am folgende Tage hielten Ballo, Jacoby und Walesrode heftige Reden in der „Städtischen Ressource“, deren Mitglieder mit überwiegender Mehrheit selbst einen Beschluß zur Aufstellung einer Bürgerwehr faßten.³⁹

Am Morgen des 21. März gelangten endlich Nachrichten über die Berliner Revolution und die Zugeständnisse des Königs in die entfernte Stadt am Pregel. Die Wirkung war elektrisierend: Tausende erstaunter und jubelnder Bürger strömten durch die Straßen. Eine Deputation unter Teilnahme von Jacoby, Walesrode, Malmro, Magistratsmitgliedern und anderen Honoratioren begab sich zu Bötticher und erneuerte die Forderung nach einer Bürgerwehr. Angesichts des Zusammenbruchs der Regierungsmacht in Berlin sowie der Lage in Königsberg gab der Oberpräsident diesmal nach.⁴⁰

Vielleicht wäre die Unruhe jetzt abgeklungen, wenn sich nicht zwei besondere Zwischenfälle ereignet hätten, Vorfälle, die nicht nur die Aufregung in der Stadt, sondern auch die wesentliche Passivität und Unterwürfigkeit ihrer Bürger treffend charakterisierten. Um 2 Uhr nachmittags wurden Königsberger Bürger durch die Nachricht beunruhigt, daß ein Kurier die Stadt soeben verlassen habe, angeblich um eine dringende Bitte um russische Intervention von Berlin nach St. Petersburg zu überbringen. Eilig galoppierten einige Königsberger mit Obergymnasiallehrer August Witt an der Spitze hinterher und bemächtigten sich der Depesche. Sie übergaben sie dem Postamt, nachdem dieses versprochen hatte, die verdächtige Sache nicht ohne Bestätigung durch die neue Regierung in Berlin weiterzusenden.⁴¹ Der Inhalt dieser Depesche ist bis heute unbekannt, aber die Vermutung eines Historikers — daß nämlich dieser Brief nur Damenkorrespondenz über die neueste Mode enthalten habe — scheint vielleicht ebenso glaubhaft zu sein wie die beunruhigenden Mutmaßungen aufgeregter Königsberger.⁴²

Etwas später überfiel die Menge das Postamt und erzwang die Auslieferung aller Berliner Korrespondenzen an das Oberpräsidium und

39) [Jung], Königsberg, S. 500—501; Silberner, Jacoby in der Revolution, S. 166—167.

40) Silberner, Jacoby in der Revolution, S. 167; Leben des Grafen Dohna, S. 131; Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 2, Tit. 30, Nr. 30, vol. 1, fol. 19—20.

41) S. Hensel: Carl Witt. Ein Freund und Lehrer der Jugend, Berlin 1894, S. 38—41.

42) Armstedt, Geschichte der Stadt Königsberg, S. 308. Die „Depeschengeschichte“ hatte jedoch die Aufmerksamkeit der höchsten russischen Regierungskreise erregt. Ein ähnlicher Vorfall geschah auch in Elbing. Vgl. Lettres et papiers du chancelier comte de Nesselrode 1780—1856, hrsg. von A. de Nesselrode, Paris o. J., Bd IX, S. 73.

Oberkommando, in der Furcht, daß darin Befehle zur Unterwerfung der Stadt zu finden wären. Endlich gelang es Jacoby und Malmro, die Angst ihrer Mitbürger zu beschwichtigen, deren Vertrauen zu gewinnen und die beschlagnahmten Sachen zu übernehmen. Kurz danach besuchten die beiden Männer Bötticher und Dohna und versprachen, alles Material auszuliefern, wenn diese Beamten als Gegenleistung alle bedenklichen Meldungen mitteilen und ihnen ihr persönliches Wohlwollen zusichern würden. Bötticher stimmte zu, was er später bedauerte; Dohna dagegen lehnte dieses Ansinnen rundweg ab. Darauf lieferten die beiden Männer die noch ungeöffneten Briefe dem Magistrat ab, der sie sofort Dohna übergab und bitter und unterwürfig die Haltung Jacobys beklagte. Obwohl Jacoby unter besonderem Druck gehandelt hatte und offenbar willens war, weitere Störungen zu vermeiden, erhob Dohna Anklage gegen ihn und Malmro.⁴³ Einige Monate später aber waren beide Männer freigesprochen.⁴⁴

Nach dem 21. März kehrte wieder Ordnung in der Stadt ein, auch trug der Abgang Böttichers und Lauterbachs dazu bei, das öffentliche Vertrauen wiederherzustellen.⁴⁵ Wie so oft nach einer Revolution, herrschte auch in Königsberg ein wochenlanger Taumel von Jubel und Versöhnung. Die Auführer vom 13. März wurden alle freigelassen, und die deutsche schwarz-rot-goldene Trikolore wehte über dem Polizeigebäude. Am 24. März flaggte Königsberg bei Tag schwarz-rot-gold und illuminierte nachts, als man Friedrich Wilhelms IV. berühmten Berliner Umritt vom 21. März und sein Versprechen, daß fortan Preußen in Deutschland aufgehen solle, feierte. Endlich, am Sonntag, dem 26. März, hielt die Stadt eine Gedenkfeier zu Ehren der Berliner Revolutionskämpfer ab, eine Feier, bei der auch Détroit und Rupp Predigten hielten, wobei der letztere über 4 000 Zuhörer anzog.⁴⁶

Leider mußte jedoch die versöhnliche Stimmung der letzten Märzwochen vor den wachsenden sozialen Spannungen und der politischen Zwietracht schwinden. Besonders beunruhigend war die bisher kaum gehante Gärung unter den Königsberger Arbeitern. Im April 1848 litt die Stadt unter einer Handelsstockung, die vielleicht durch unrealistische Lohnforderungen der Gesellen noch erschwert wurde.

Unter solchen Umständen waren Konflikte unvermeidlich. Anfang April begannen einige Arbeiter, Möbelwagen anzugreifen, um die Wiederherstellung des alten unwirtschaftlichen Handtransports zu erzwingen, was

43) Leben des Grafen Dohna, S. 132—134; Silberner, Jacoby in der Revolution, S. 168 ff.; A. Schuetz: Die Stellung Königsbergs in der Märzrevolution von 1848, S. 7—10 (ich zitiere aus dem Manuskript, das Herr Dr. Schuetz mir gütigst zur Verfügung stellte).

44) „Spenersche Zeitung“ Nr. 156 vom 7. Juli 1848.

45) Bötticher demissionierte am 22. März. Es scheint auch, daß Dohna und Regierungspräsident Wallach ihm rieten, die Stadt so bald wie möglich zu verlassen. Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 92 Nachlaß Bötticher, Paket 6, Bötticher, Tagebuch, 22. und 26. März 1848.

46) „Vossische Zeitung“ Nr. 72 und 74 vom 25. und 28. März 1848; „Ostsee-Zeitung“ Nr. 25, 5. Beilage, vom 29. März 1848; Gottschall, Aus meiner Jugend, S. 254—255.

zu einer so bedrohlichen Lage führte, daß die Wagen durch bewaffnete Begleiter geschützt werden mußten. Am 8. April brachen noch ernsthaftere Unruhen aus, die Bürgerwehr wurde einberufen und jagte die Tumultanten mit Karbatschenschlägen auseinander. Am Abend des 25. April wurde eine Menge mit roten Fahnen durch die Straßen ziehender Arbeiter so unruhig, daß die Bürgerwehr wiederum einschreiten mußte. Diesmal reagierten die Anführer mit Steinwürfen, wogegen die Bürgerwehr die Rotten mit blanken Säbelhieben zerstreute.⁴⁷ Schließlich kam es am 24. Mai zu einer neuen Störung, nachdem eine Sterbekasse ihre Auszahlungen eingestellt hatte. Der Zorn der Volksmenge war so groß, daß die Behörden den Kassenverwalter nur durch Inhaftierung schützen konnten. Die rechtzeitige Einmischung der Bürgerwehr stellte die Ordnung wieder her, aber nicht ohne unangenehme Zusammenstöße und schwere Verletzungen.⁴⁸ Danach blieb der Stadt die Ruhe erhalten — aber wahrscheinlich nicht ohne schwere Opfer: die erhöhte Erbitterung der Armen und die Furcht der Wohlhabenden, von denen viele jetzt zweifellos die durch den Untergang der alten Ordnung ausgelösten Leidenschaften bedauerten.

Die Bürgerwehr hatte sich als kampffähig erwiesen, und sie erhielt übrigens das Lob der sonst so skeptischen Militärs.⁴⁹ Mit einer Mitgliederzahl, die schon im Sommer über 3 000 betrug⁵⁰, war diese Einrichtung eine Haupterrungenschaft der Revolution. Dennoch scheiterte diese ehemalige Lieblingsidee durch inneren Zwiespalt und öffentliche Gleichgültigkeit, in einigen Fällen auch durch Feindseligkeit. Ein Problem war das Vorhandensein einer besonderen, allerdings der Bürgerwehr untergeordneten Studentenwehr. Weil sie ihre niedrige Einstufung übelnahmen, verlangten die Studenten immer wieder eine bessere Ausrüstung und begingen häufig Widersetzlichkeiten, die den Zorn der Bürgerwehr, der Presse und der Öffentlichkeit erregten.⁵¹ Schwerer wog, daß die Massen in Königsberg, wie in anderen Städten der Monarchie auch, die im wesentlichen bürgerliche Einrichtung der Bürgerwehr überhaupt haßten. Wie Gottschall sich später erinnerte, konnte ihr bloßes Erscheinen in gewissen Stadtvierteln zu Unruhen führen. „Die Leute“, fügte er sarkastisch hinzu, „hielten uns für überflüssig, und wir kamen auch allmählich zu derselben Überzeugung.“⁵² Und in der Tat hatte die nach dem Mai einkehrende Ruhe die Bürgerwehr ihres eigentlichen Daseinszwecks beraubt. Kaum ein Jahr nach deren Gründung konnte die Polizei berichten, daß die überwiegende Mehrheit der Einwohner jetzt den Bürgerwehrdienst als widerwärtig empfand.⁵³

47) Staatliches Archivalager Göttingen, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 2, vol. 18, fol. 461—462; „Ostsee-Zeitung“ Nr. 34, 2. Beilage, vom 12. April 1848; „Vossische Zeitung“ Nr. 87 vom 12. April 1848; W. M a t u l l : Ostpreußens Arbeiterbewegung (Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis, Bd XLIX), Würzburg 1970, S. 10—11.

48) „Vossische Zeitung“ Nr. 123 vom 28. Mai 1848; J a c o b y, Briefwechsel, S. 460.

49) Leben des Grafen Dohna, S. 133.

50) „Spensersche Zeitung“ Nr. 162 vom 14. Juli 1848.

51) P r u t z, Die Albertus-Universität, S. 226—229.

Nachdem die Revolution die Fesseln des alten Polizeistaates zerrissen hatte, erlebte Königsberg eine politische Blütezeit, die sich in der Gründung aller Arten von politischen Klubs widerspiegelte. Man darf mit den Rechtsgerichteten, dem „Konstitutionellen Verein“, dem vielleicht unbedeutendsten Klub in Königsberg, beginnen. Mit etwa 100 Mitgliedern, von denen kaum eines eine bedeutende Rolle in der Politik der vormärzlichen Zeit gespielt hatte, verteidigte diese Organisation ein gemäßigtes konservatives Programm: eine starke erbliche konstitutionelle Monarchie mit absolutem Vetorecht; ein Zweikammersystem, worin das Oberhaus wirtschaftliche und Bildungsinteressen vertreten sollte, und ein mächtiges Deutschland. In Wirklichkeit bestand diese Vereinigung aus preußischen Partikularisten. So protestierte sie gegen den sogenannten Peuckerschen Erlass, mit dem Reichskriegsminister Peucker für den 6. August eine Huldigung des Reichsverwesers durch die Armeen der deutschen Einzelstaaten angeordnet hatte. Vor allem aber verriet sie ihre konservativen Tendenzen durch ihre Verbindung zu ähnlichen Organisationen wie dem Berliner Patriotischen Verein und später dem Preußenverein.⁵⁴

Der am 25. April 1848 begründete „Konstitutionelle Klub“ (später in „Demokratisch-konstitutioneller Klub“ umbenannt) entsprach am besten der Politik des Zentrums oder der gemäßigten Linken. Im Herbst 1848 insgesamt 159 Mitglieder zählend, enthielt er die meisten ehemaligen und derzeitigen Führer der Königsberger liberalen Bewegung: Gustav Dinter, Julius Rupp, August Witt, Ferdinand Falkson u. a. Sein Programm trat für eine demokratische konstitutionelle Monarchie ein, worin die königliche Macht nur ein schwaches aufschiebendes Vetorecht besitzen und durch eine einzige starke Kammer eingeschränkt sein sollte. Tatsächlich gaben viele Mitglieder privat zu, daß sie ein solches System nur als Übergangsstadium zu einer idealeren Republik ansahen. Eifrig unterstützte der „Konstitutionelle Klub“ die deutsche Einheitsbewegung und erkannte ausdrücklich die absolute Souveränität der Frankfurter Nationalversammlung und des Reichsverwesers, Erzherzogs Johann von Österreich, an. Das war ein kleiner, aber rühriger Klub. Auf seine Anregung traten z. B. sämtliche demokratischen Klubs Ost- und Westpreußens am 15. August in Königsberg zusammen, um gemeinsam die demokratische Sache in der ganzen Provinz Preußen zu fördern.⁵⁵

Eine gewisse Radikalisierung ließ sich in der Zunahme republikanischer Ansichten und Organisationen in Königsberg erkennen. Jacoby selbst hatte in einem Brief vom 15. März an den Badenser Radikalen Adam von

52) Gottschall, Aus meiner Jugend, S. 258.

53) Staatliches Archivalager Göttingen, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 2, vol. 19, fol. 44.

54) Staatliches Archivalager Göttingen, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 5, vol. 1, fol. 95—96; „Königsberger Zeitung“, 1848, Nr. 157, 176, 183. Vgl. auch Jacoby, Briefwechsel, S. 472—473, 476.

55) Staatliches Archivalager Göttingen, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 5, vol. 1, fol. 93—94; [Jung], Königsberg, S. 504—505; „Königsberger Zeitung“, 1848, Nr. 180, 181, 194, 206; Jacoby, Briefwechsel, S. 423, 454, 475, 507—508.

Itzstein ausgerufen: „Es lebe die Republik!“ In der Öffentlichkeit aber verschwieg er seine Überzeugung, denn er kannte sehr wohl die monarchische Gesinnung der meisten Preußen. Gleichfalls beharrte sein Gesinnungsgenosse Walesrode, wenigstens unter Freunden, darauf, daß Volkssouveränität und Monarchie unvereinbar seien.⁵⁶ Aber andere Radikale sprachen ihre republikanischen Anschauungen unverhohlener aus. Im Juli 1848 begründeten einige Königsberger Radikale — als Protest gegen die angebliche Abgeneigtheit des Konstitutionellen Klubs, den Grundsatz der Volkssouveränität öffentlich zu unterstützen — den „Demokratischen Klub“, der im nächsten Monat ein ausführliches Programm mit folgenden Forderungen veröffentlichte: Freiheit für alle Nationen und besonders für Polen, den Zusammenschluß der deutschen Einzelstaaten zu einem vereinigten Deutschland und die Volkssouveränität, die durch eine einzige, nach direkten, allgemeinen Wahlen zu bildende Kammer vertreten werden sollte. Besonders bemerkenswert waren die sozialen Reformvorschläge: freie Volksbildung, eine progressive Einkommensteuer statt indirekter Akzisen und Verbrauchssteuern, freier Handel, öffentliche Armenunterstützung, staatliche Garantie der Arbeit und staatliche „Organisation der Arbeit“ — d. h. „einen Ausgleich des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital“. Das war in der Tat eine radikale Gruppe — so radikal, daß sogar demokratische Monarchisten ängstlich wurden und vorübergehend deren Auflösung planten. Der Demokratische Klub selbst hatte zwar nur 250 Mitglieder; ihm kam jedoch seine Verbindung zum „Arbeiterverein“ zugute. Bei beiden setzten sich die Mitglieder aus Gesellen, Studenten, einigen Arbeitern und Handlungsdienern zusammen; beide vertraten ähnliche Ansichten; und beide wirkten zusammen, um gemeinsam Versammlungen zu veranstalten, Eingaben einzureichen usw.⁵⁷

Zweifelsohne war der „Arbeiterverein“ die imposanteste, mächtigste und dauerhafteste aller Königsberger radikalen Gesellschaften. Er wurde in der zweiten Aprilwoche 1848 auf Anregung von Dulk, Walesrode, Falkson und dem Schneidermeister E. H. Hohmann, einem ehemaligen Mitglied des Bundes der Gerechten, begründet. Der Arbeiterverein wuchs rasch, bis er im Herbst eine Mitgliederzahl von über 1 000, meistens Gesellen, erreichte. Bis zur Gründung des reaktionären Preußenvereins blieb er die größte politische Organisation in Königsberg. Wie der Demokratische Klub trat auch der Arbeiterverein für die Republik ein und forderte ähnlich weitgehende soziale Reformen, wie z. B. die Garantie der Arbeit, öffentlich subventionierte Wohnungen und eine direkte Einkommensteuer.⁵⁸ Was diesen Verein von seinem Gegenstück, dem Demokratischen

56) Silberner, *Jacoby in der Revolution*, S. 166; *Jacoby*, Briefwechsel, S. 509—511.

57) „Berliner Zeitungshalle“ Nr. 162 vom 15. Juli 1848, Nr. 197 vom 27. August 1848; *Jacoby*, Briefwechsel, S. 479, 482, 507; Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 5, vol. 1, fol. 93—95.

58) „Berliner Zeitungshalle“, 1848, Nr. 130, 144; „Königsberger Zeitung“, 1848, Nr. 168, 170; *Jacoby*, Briefwechsel, S. 424, 439; Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 5, vol. 1, fol. 95—97.

Klub, unterschied, war seine Zusammensetzung aus verhältnismäßig mehr Arbeitern sowie die Zugehörigkeit radikalerer Elemente, deren Ansichten besonders in den späteren Jahren hervortraten. Im Jahre 1850 z. B. regten sich viele Bürger über die Aufnahme weiblicher Mitglieder auf, und der Arbeiterverein ließ Aufrufe ergehen, die, wie eine Historikerin bemerkte, vom Tone des „Kommunistischen Manifestes“ widerhallten.⁵⁹

Im Jahre 1848 erlebte auch die Presse einen Aufschwung. Zwar muß der Historiker die Zerstreuung und Vernichtung der alten ost- und westpreußischen Provinzialpresse im Verlauf des Zweiten Weltkrieges und danach beklagen;⁶⁰ es stehen ihm jedoch einige andere Informationsquellen zur Verfügung, um sich wenigstens ein Bild von der damaligen Königsberger Presse zu machen.

Nach der Märzrevolution blieb die „Königsberger [Hartungsche] Zeitung“ mit einer Gesamtabonnentenzahl von 3 900 (1 500 in der Stadt, 2 400 in der Provinz) die führende Zeitung Ostpreußens. Ihre Leitartikel waren im Geiste des klassischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts verfaßt. Sie nahm Partei für die konstitutionelle Monarchie, bekämpfte hingegen die Erweiterung des Wahlrechts zugunsten der ungebildeten Massen, deren politische Fähigkeiten sie bezweifelte. Ihre wirtschaftspolitischen Ansichten entsprachen dem Grundsatz des „laissez faire“: wiederholt leugnete dieses Blatt, daß der Staat verpflichtet sei, Arbeit zu beschaffen oder mehr als das Mindestmaß an Armenunterstützung zu leisten. Sie billigte die Abschaffung des Erbadels, aber wendete sich nicht gegen besondere Auszeichnungen für außerordentliche Dienstleistungen. Die „Königsberger Zeitung“ erklärte sich für die deutsche Einheit, doch bestand sie auch darauf, daß Preußen eine ausreichende Selbständigkeit hinsichtlich seiner Innenpolitik behalten müsse.⁶¹

Obgleich anderen Zeitungen der Ruf und die Abonnentenzahl der „Königsberger Zeitung“ fehlten, sollte man deren Rolle nicht unterschätzen. Der radikale Journalismus fand seinen Ausdruck in der erst im Mai 1848 begründeten „Neuen Königsberger Zeitung“, deren Eigentümer der Königsberger Bankier, Geschäftsmann, Verleger und — in späteren Jahren — Sozialist Lasallescher Färbung Adolf Samter war.⁶² Wenn auch jetzt nur noch wenige Exemplare von ihr vorhanden sind, so ist es doch bekannt, daß die „Neue Königsberger Zeitung“ eine entschieden demokra-

59) Frolinde Balsler: Sozialdemokratie 1848/49—1863 (Industrielle Welt, Bd II), Stuttgart 1962, S. 150, 179.

60) Sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR existiert nur noch die zweite Hälfte des 1848er Jahrgangs der „Königsberger Zeitung“. Andere Zeitungen sind nur fragmentarisch — hauptsächlich in den Akten des Staatlichen Archivlagers — erhalten geblieben. Darum hat der Vf. außerhalb Königsbergs erschienene Zeitungen herangezogen.

61) Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 1, fol. 14—15, 66—67; „Königsberger Zeitung“, 1848, Nr. 152, 163, 167, 168, 173, 177, 220.

62) J. Höning: Ferdinand Gregorovius, Stuttgart 1921, S. 47—48; Altpreußische Biographie, Bd II, hrsg. von K. Forstreuter und F. Gause, Marburg 1963/65, S. 587.

tische und oppositionelle Linie vertrat und daß ihre Abonnentenzahl 500 betrug.⁶³

Etwas eindrucksvoller war die Stärke der konservativen Presse. Zwar ging die erst im Jahre 1845 begründete und von staatlichen Subventionen abhängige „Zeitung für Preußen“ im März 1848 ein, aber der ältere und auf soliderer Grundlage stehende „Königsberger Freimüthige“ zeigte eine zähere Lebenskraft. Erst im Jahre 1840 begründet, wurde diese Zeitung unter ihrem Redakteur, dem ehemaligen Danziger Lehrer Gustav Pflug, ein berüchtigtes Skandalblatt, das immer wieder die übelsten Klatschgeschichten aus den finstersten Stadtvierteln abdruckte und sein Vergnügen darin fand, die liberale Opposition unbarmherzig zu beschimpfen. Vielleicht gerade wegen seines ominösen Charakters gelang es dem „Freimüthigen“, nicht nur die Revolution zu überleben, sondern auch 600 Abonnenten zu behalten. Erst im Januar 1849 fanden die Konservativen ein anständiges Sprachrohr, nachdem gewisse Unternehmer, die dem Einfluß der „Königsberger Zeitung“ entgentreten wollten, „Die Constitutionelle Monarchie“ (später „Ostpreußische Zeitung“) begründet hatten, die sofort die imponierende Zahl von 1 000 Abonnenten erreichte.⁶⁴

Die Entwicklung der politischen Gesellschaften und der Presse verdeutlichte nicht nur das erhöhte politische Bewußtsein der Königsberger im Jahre 1848, sondern auch die wachsende politische Uneinigkeit in der Stadt. Besonders erstaunlich war die schon Anfang April auftauchende Spaltung im liberalen Lager. Die durch die Revolution verursachten Veränderungen sowie die daraus entstehende Angst vor inneren Unruhen stellten den Liberalismus der gebildeten und wohlhabenden Klassen auf die Probe, wie der tragische Fall Johann Jacobys, den seine früheren Anhänger, Freunde und Bewunderer nicht mehr anerkannten, deutlich veranschaulichte. Jacoby hatte, auf Grund eigener Überzeugung sowie seiner Rolle im Vorparlament und Fünfziger-Ausschuß, die Wiederherstellung Polens und die Souveränität des bald zu wählenden Frankfurter Parlaments verfochten. Leider waren weder Polenschwärmerei noch deutscher Nationalismus in seiner Heimatstadt besonders populär. Freilich verteidigten einige Königsberger Radikale, und vor allem Gregorovius und die Mitarbeiter der „Neuen Königsberger Zeitung“, die Sache Polens.⁶⁵ Auch hatten im April zwei Studenten, Julius Pisanski und Carl Passarge, eine Freischar für den erhofften polnischen Freiheitskampf aufzustellen versucht; ihre Anstrengungen hatten aber wenig Glück, und die Freischar löste sich offenbar später auf.⁶⁶ Jedenfalls hörte bald, als Folge

63) Staatliches Archivalager Göttingen, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 1, fol. 66—67.

64) G a u s e, Geschichte der Stadt Königsberg, Bd II, S. 535; [B e n d e r], Königsberg und seine Männer, S. 69—70; Staatliches Archivalager Göttingen, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 1, fol. 14—15, 66—67.

65) H ö n i g, Gregorovius als Dichter, S. 81—87, 226—227.

66) Staatliches Archivalager Göttingen, Rep. 2, Tit. 30, Nr. 30, vol. 1, fol. 247 ff.; F. G a u s e: Eine deutsche Freischar für Polen in Königsberg 1848, in: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte von Ost- und Westpreußen 8 (1933), S. 29—34.

der Ausschreitungen in Posen, jede einstige Sympathie für die Polen auf. Gleichfalls ebhte die früher fast allgemeine Begeisterung für die deutsche Einheit zusehends ab, nachdem die Schwierigkeiten und Konsequenzen einer praktischen deutschen Politik offensichtlich geworden waren. So tadelten im April 1848 Magistrat und Stadtverordnete die Anmaßung der Frankfurter Politiker, die für die deutschen Einzelstaaten Gesetze zu erlassen wagten. Gleichzeitig desavouierten viele gemäßigte Liberale den deutschen Patriotismus, als sie plötzlich ihre preußische Identität wiederentdeckten. Durch das Festhalten an seinen politischen Ansichten entfremdete Jacoby sich seine ehemaligen Anhänger und Freunde und sogar seine eigene Familie. Kollegen kritisierten ihn, seine ihm nahestehende Freundin Fanny Adelson brandmarkte ihn als einen zweiten Robespierre, und seine Schwestern flehten ihn an, nach Hause zurückzukommen. Die vielleicht schmerzlichste Niederlage jedoch fügten ihm seine Mitbürger zu, als die Königsberger Wahlmänner am 10. Mai nicht diesen berühmten Radikalen, sondern mit einer knappen Mehrheit von 67 : 63 den bisher weniger bekannten Liberalen Eduard Simson als Abgeordneten für die Frankfurter Nationalversammlung wählten.⁶⁷

Die Wahlen zum Frankfurter Parlament waren nur ein Anzeichen für die politische Stimmung in Königsberg, andere waren ebenso aufschlußreich. Die neuerdings von Professor Silberner in Jerusalem veröffentlichte Jacoby-Korrespondenz weist darauf hin, daß die Feindseligkeit gegen prominente Radikale wie Jacoby und Walesrode so heftig war, daß sie oft in Verleumdung ausartete. Ebenso klar zeigen diese Quellen eine zunehmende Enttäuschung über die Politik als solche. Viele Geschäftsleute sehnten sich nach Stabilität; ihre Begeisterung für die neue Ordnung erlosch, als die Agitationen für eine Republik sie beunruhigten und als sie die verheerende Wirkung des Deutsch-Dänischen Krieges um Schleswig-Holstein von 1848—1850 und der dänischen Blockade auf den Handel feststellen mußten.⁶⁸ Es nimmt kaum wunder, daß die Polizei bereits Ende des Sommers berichten konnte, die Stimmung in der Stadt sei zufriedenstellend, und daß manche sich nach der endgültigen Lösung der noch schwebenden Frage der preußischen Verfassung sehnten⁶⁹, denn dadurch würde sich die jetzt konfuse politische Lage endlich normalisieren.

Diese Haltung der wohlhabenden Bourgeoisie war sicherlich das eine Hindernis für die demokratische Bewegung; die offenbare Apathie der Massen war das andere. Wiederholt versuchten die Demokraten, das Volk politisch aufzurütteln, jedoch immer mit wenig Erfolg. Während der ersten Zusammenkünfte des Arbeitervereins wurden die Redner, die nur

67) Jacoby, Briefwechsel, S. 426—430, 439, 444, 465—466, 473—474; B.-M. Rosenberg: Um die Wahl des Königsberger Politikers Dr. Johann Jacoby als Abgeordneter in die Deutsche Nationalversammlung, in: Preußenland 8 (1970), S. 55 ff.; ders.: Die ostpreußischen Abgeordneten in Frankfurt 1848/49 (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Bd VI), Köln 1970, S. 131—132.

68) Jacoby, Briefwechsel, S. 406, 425, 436, 443—444, 457, 479, 482, 507.

69) Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 2, vol. 18, fol. 537.

politische Themen behandelten, niedergeschrien: die Arbeiter wollten Brot, nicht „schöne Worte“.⁷⁰ In seinen Memoiren erinnert sich der Radikale Rudolf von Gottschall an die Gleichgültigkeit, der die demokratische Agitation begegnete: „Auch in den untersten Volksschichten regte es sich; doch das war damals ein noch ganz unbeäckerter Boden, auf dem nur allerlei Unkraut in Blüthe stand. Eine Versammlung der Königsberger Sackträger wurde von den politischen Rednern haranguiert, doch fehlte es den baltischen Kulis noch an Verständnis für die Politik, und was ihre eigenen Interessen betraf, so begnügten sie sich mit einigen primitiven Andeutungen, denn die Zunge ward dem vierten Stand in Deutschland damals noch nicht gelöst. Es machte einen fast komischen Eindruck, wenn man sah, wie sich die Redner auf der kleinen kancelartigen Tribüne abarbeiteten und bloß in die Luft sprachen, denn die Masse drunten blieb dumpf und stumpf, und nur die von ihr ausgehenden Fuselgerüche schienen darauf hinzuweisen, daß sich ihr politisches Programm in zwei Worte zusammendrängen ließ, in die Worte ‚mehr Schnaps‘.“⁷¹ Wie der Ton dieses Zitats andeutet, fehlte es auch den Demokraten an Mitleid und Verständnis für die oft traurige Lage der Arbeiter. Wenn Jacobys Freund Simon Meyerowitz am Vorabend der Maiwahlen die Arbeiter als „reaktionär“ rügte, weil sie von ihren Abgeordneten die Verteidigung ihrer Interessen vor dem König forderten, so legte er damit nicht nur deren begrenztes politisches Bewußtsein, sondern unwillkürlich auch seine eigene Beschränktheit sowie diejenige vieler anderer Liberaler und Demokraten bloß.⁷²

Während auf diese Weise ein Teil des Bürgertums sich zu liberalen oder demokratischen Organisationen hingezogen fühlte, der andere Teil die Politik verabscheute und während viele Handwerker in den Arbeiterverein eintraten, blieben zahlreiche gewöhnliche Arbeiter von der Agitation der Linken unberührt. Aber diese Sackträger, Speicherarbeiter, Tagelöhner und „Lumpenproletarier“ aller Art — die Volksklassen, auf die man höhnisch als „Pöbel“, „Bowkies“ oder „Lazzaroni“ herabsah — blieben zum großen Verdruß der Linken, die jene verachteten, nicht gänzlich unpolitisch. Vielmehr neigten nicht wenige gegen Ende des Jahres der Organisation zu, die schließlich der größte, berüchtigtste und verhaßteste politische Verein der Stadt werden sollte, dem „Preußenverein für konstitutionelles Königtum“. Der Preußenverein entstand erst am 4. August 1848 in einer stürmischen Versammlung, die die Demokraten sprengten und in der sie sogar die Wahl des Präsidenten des Demokratischen Klubs Brausewetter zum Führer der neuen Vereinigung durchsetzten. Auf der nächsten Zusammenkunft am 9. August aber herrschten die Konservativen vor. Der Saal war voll von Offizieren, Beamten, Soldaten und auch einer bedeutenden Anzahl Arbeiter. Ein Sackträger faßte treffend, wenn auch mit Übertreibung, die Stimmung vieler seiner Kameraden zusammen: die

70) Jacoby, Briefwechsel, S. 439.

71) Gottschall, Aus meiner Jugend, S. 256.

72) Jacoby, Briefwechsel, S. 449.

Deutschtümpler hätten ihnen alles versprochen, doch die Arbeiter blieben arm in jedem Fall. Die Versammlung endete in einem widerhallenden Lebehoch für den König und für das preußische Vaterland und mit dem Absingen des Preußenliedes. Nach diesem tumultartigen Anfang wuchs der Preußenverein schnell, so daß er schon am Ende des Jahres 1848 4 000 Mitglieder, davon 3 000 Königsberger, zählte. Nach außen hin war der Preußenverein „konstitutionell“, wollte allerdings die Selbständigkeit Preußens aufrecht erhalten wissen. Scheinbar war der Verein auch eine Organisation der Massen; sein Vorstand zählte unter 24 Mitgliedern viele Arbeiter und wies nur einen aristokratischen Namen auf, den von General Bernhard Joachim von Plehwe (1792—1858), dem Gründer und neuen Vorsitzenden des Vereins.⁷³ In Wirklichkeit waren die Führungskräfte dieses Klubs aristokratisch-militärische Reaktionäre. Obwohl der Preußenverein lange das „konstitutionelle Spiel“ mitmachte, ließen sich seine Gegner nicht täuschen, und ihr Verdacht erwies sich später, 1849, als vollkommen berechtigt, als der Preußenverein seinen eigentlichen Charakter zeigte.

Der Königsberger Preußenverein war nur eine Teilerscheinung eines größeren Phänomens, das vom Herbst 1848 an in verschiedenen ost- und westpreußischen Städten auftrat. In der Provinz Preußen verhielten sich die Reaktionäre so unverschämt und gewalttätig wie vielleicht in keinem anderen Gebiet der preußischen Monarchie. Im Herbst und Winter 1848 und im Frühjahr 1849 überfiel der häufig von den „vornehmeren“ Klassen dazu angestachelte Pöbel demokratische Versammlungen und Aufmärsche in Tilsit, Memel und Danzig.⁷⁴ Aber die berüchtigtste solcher Episoden ereignete sich am 15. Oktober in Elbing, als betrunkene, von dem Elbinger Preußenverein aufgehetzte Rotten den Geburtstag des Königs mit einem Angriff auf Wohnungen und Eigentum liberaler Bürger begingen, mit einem Aufruhr, der nur unter Einsatz von Militär unterdrückt werden konnte und der acht Menschenleben kostete.⁷⁵

Wenn auch der Königsberger Preußenverein nicht so gewalttätig wurde, überbot er doch alle anderen Ortsvereine durch seine Skrupellosigkeit. Besonders auffallend waren seine Werbemethoden: konservative Offiziere forderten ihre Soldaten auf, dem Verein beizutreten; vornehme Adlige besuchten die verrufensten Stadtviertel, wo sie durch reichliche Verteilung von Branntwein neue Mitglieder unter der Hefe des Volkes gewannen;

73) Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 5, vol. 1, fol. 94—95; „Königsberger Zeitung“, 1848, Nr. 183, 186; „National-Zeitung“ Nr. 131 vom 15. August 1848; J a c o b y, Briefwechsel, S. 482—483. Bevor er in die Lokalpolitik eintrat, genoß Plehwe einen angesehenen Ruf, sowohl wegen seiner heldenhaften Beteiligung an den Befreiungskriegen als auch wegen seiner sozialen Betätigung. Vgl. *Altpreußische Biographie*, Bd II, S. 508.

74) Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 2, II, Nr. 2884, fol. 78—80; M. S z a m e i t a t: Memel im Revolutionsjahr 1848, in: *Memelland-Kalender* 1961, Oldenburg 1961, S. 29; E. L o o p s: *Geschichte der Danziger Arbeiterbewegung*, Danzig 1929, S. 24—26.

75) P. L e t k e m a n n: *Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Danzig 1815—1870* (Wiss. Beiträge zur Geschichte und Landeskunde Ost-Mittel-europas, Nr. 80), Marburg 1967, S. 301—304.

auch wurden in anderen Fällen Personen ohne ihr Wissen in die Mitgliederlisten des Vereins eingetragen. Auf diese Weise wurde der Preußenverein schon am Ende des Jahres 1848 zur zahlenmäßig stärksten politischen Organisation in Königsberg.⁷⁶

Anfänglich hielt sich der Preußenverein zurück: in seiner Polemik begnügte er sich damit, die Autonomie Preußens zu verteidigen und den Radikalismus anzuprangern. Im Laufe der Zeit aber wurde er immer verwegener. Im Oktober z. B. versuchte er die Versammlungen des Arbeitervereins zu sprengen. Am Ende des Jahres drückte er das Niveau der politischen Debatte auf einen neuen Tiefstand herab, indem er sich den Antisemitismus zunutze und die Öffentlichkeit auf die — allerdings verhältnismäßig große — Rolle der Juden in der liberalen und demokratischen Bewegung aufmerksam machte.⁷⁷ Leider war diese Entwicklung nur das Vorspiel zur Machtentfaltung des Vereins im nächsten Jahr und in der Ära der Reaktion.

Obgleich der Preußenverein die größte, dreisteste und auffallendste politische Organisation in Königsberg war, die auch schließlich die Straße beherrschte, errang er keineswegs die Sympathie der öffentlichen Meinung. Im Gegenteil neigten die meisten Königsberger, lau und apathisch wie sie waren, der Linken zu. Auch waren gewisse Zeichen demokratischer Stärke nicht zu verkennen. So nahmen am 6. August Tausende an der allgemeinen Feier der deutschen Einheit teil. Dann, am 10. September, als in Königsberg die Nachrichten über den Konflikt zwischen dem Berliner Ministerium Auerswald-Hanseemann und der Nationalversammlung eintrafen, veranstalteten der Demokratisch-Konstitutionelle Klub, der Demokratische Klub und der Volkwehrklub eine Massenversammlung, die die eindrucksvolle Zahl von 5—6 000 Teilnehmern herbeilockte.⁷⁸

Am deutlichsten aber zeigte sich die wahre Stimmung in der Stadt nach dem 12. November, als man erfahren hatte, daß das neugebildete Ministerium Brandenburg-Manteuffel die Vertagung und Verlegung der Berliner Nationalversammlung angeordnet hatte. Eine Zeitlang genoß der Widerstand der Versammlung die Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der Königsberger. Am 13. November ersuchten Magistrat und Stadtverordnete den König, seinen Entschluß zurückzuziehen und das Ministerium zu entlassen. Mit Ausnahme des Preußenvereins und des Konstitutionellen Vereins erklärten alle politischen Klubs in Königsberg ihre Solidarität mit der angegriffenen Nationalversammlung. Der Demokratisch-Konstitutionelle Klub berief eine Versammlung aller Klubs der Provinz ein, die am 25. November stattfand und die Lage erörterte. Am 18. November entstand ein aus Vertretern aller demokratischen und liberalen Vereine sowie 20 verschiedener Handwerkergruppen⁷⁹ zusammengesetzter „Perma-

76) „Königsberger Zeitung“, 1848, Nr. 228; „National-Zeitung“, 1848, Nr. 130, 253; [L. W a l e s r o d e] : Eine politische Todtenschau, Kiel 1859, S. 18—19.

77) „Königsberger Zeitung“, 1848, Nr. 215, 223, 225, 243, 246.

78) ebenda, Nr. 183, 214.

79) einschließlich der Tapezierer, Tischler, Hutmacher, Schneider und Buchdrucker. Die Maurer aber traten für den König ein.

nenz-Ausschuß“, der die Agitation für die Nationalversammlung koordinieren sollte. Die in der Stadt bekundete Stellungnahme war so eindeutig, daß der Abgeordnete Johann Friedrich Tamnau, der die Nationalversammlung verlassen hatte und sich dadurch den Tadel seiner Wähler zuzog, sich gezwungen fühlte, sein Mandat niederzulegen.

Wie weit aber wollte Königsberg in seiner Verteidigung der Nationalversammlung gehen? Am 15. November hatte diese mit ihrem Steuerverweigerungserlaß den Fehdehandschuh hingeworfen. In Königsberg billigten viele Radikale diesen Beschluß. Es geschah aber nichts. Der Magistrat sprach hierzu seine Mißbilligung aus, und die Regierung drohte, notfalls die Steuern zwangsweise einzuziehen. Offensichtlich genügten diese Warnungen, denn die Steuerverweigerung schlug hier vollständig fehl.⁸⁰

Zweifelsohne waren viele Königsberger insgeheim beruhigt, als König und Ministerium am 5. Dezember die ganze Kontroverse einerseits durch die Auflösung der Nationalversammlung, andererseits aber durch die Verkündung einer verhältnismäßig liberalen Verfassung beilegte. Die Wohlhabenden, insbesondere die reichen Kaufleute und Bankiers, begrüßten die Wiederkehr der politischen Stabilität, die den Wert ihrer Aktien erhöhen würde. Die „Königsberger Zeitung“, noch immer das angesehenste Organ der öffentlichen Meinung, bedauerte die Weise, in der die Verfassung zustande gekommen war, lobte jedoch allgemein deren Inhalt. Andererseits herrschte unter den Demokraten eine gewisse Bestürzung. Der Demokratisch-Konstitutionelle Klub brandmarkte die Aufzwingung der Verfassung als widerrechtlich, erkannte diese aber an und versprach, für die Beseitigung der verborgenen und gefährlichen Mängel in diesem Dokument zu arbeiten. Der nicht gerade tüchtige Permanenz-Ausschuß löste sich selbst auf: mit dem Ende der Nationalversammlung habe diese Gruppe keine Aufgabe mehr; er hoffe aber — so lautete seine letzte zaghafte Bekanntmachung —, daß seine Tätigkeit die Solidarität und die Zusammenarbeit der fortschrittlichen Elemente der Provinz gefördert habe. Im Grunde genommen faßte ein Zeitungsbericht der Regierung die Lage gut zusammen: die meisten Königsberger seien im wesentlichen mit der den unsicheren verfassungsrechtlichen Zustand in Preußen beendenden Bekanntmachung zufrieden.⁸¹

Für die Demokraten waren die nächsten Monate eine harte Probezeit, denn nunmehr setzte die Reaktion ein. Zumal die Armee unter dem Kommando des reaktionären Generals Graf zu Dohna duldete keine Widersetzlichkeit. Schon im September versetzte man den bekannten Demokraten Hauptmann Wilhelm Rüstow nach Posen. Und im November wurden Hauptmann Czudnowsky aus Königsberg und fünf Pillauer Offiziere, die die Nationalversammlung öffentlich unterstützt hatten, verhaftet, der

80) Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 2, vol. 18, fol. 570; J a c o b y, Briefwechsel, S. 535, 541—542; „Königsberger Zeitung“ Nr. 266—286 vom 13. November bis 6. Dezember 1848.

81) „National-Zeitung“ Nr. 243 vom 19. Dezember 1848; „Königsberger Zeitung“, 1848, Nr. 289, 294; J a c o b y, Briefwechsel, S. 544; Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 2, vol. 18, fol. 570, vol. 19, fol. 11—12.

Militärjustiz übergeben und später zu harten Strafen verurteilt.⁸² Der Preußenverein begann ebenfalls, die politische Opposition zu drangsalieren. Im Januar 1849 drangen mit Knüppeln versehene Rotten in demokratische Versammlungen ein, wo sie, die Anwesenden bedrohend, brüllten: „Wi wulle kenne Jude hewwe, kenne Demokratersch und kenne Ruppianer!“ Während der Wahlen begann der Preußenverein eine Propagandakampagne, die von den Behörden durch Verteilung von Plakaten und Broschüren begünstigt wurde.⁸³ Trotzdem behauptete die Linke zumindest einen Teil ihres ehemaligen Einflusses. So fielen die Bürgerwehrwahlen für die Demokraten günstig aus. Und noch größer war ihr Triumph in den Februarwahlen zum neuen preußischen Landtag. Im Wahlkampf für die durch Urwahlen zu besetzende Zweite Kammer siegten die Demokraten Kosch und Rupp. Noch überraschender waren die Resultate für die Erste Kammer, für die nur Vermögensbesitzer wahlberechtigt waren: hier wählten die Königsberger den letzten Präsidenten der widerspenstigen Nationalversammlung, Hans Viktor von Unruh, und ihren Bürgermeister, den bekannten Liberalen Gottfried Karl Sperling. Allerdings bewiesen diese Ergebnisse auch eine gewisse Abneigung gegen die Torheiten der Rechten.⁸⁴

Ungeachtet dieses Sieges waren immerhin trübe Anzeichen eines politischen Zerfalls nicht zu verkennen. Der Preußenverein setzte, seine Niederlage in den Wahlen kaum beachtend, seine Schikanen fort, und sein Einfluß nahm sogar zu. Viele glaubten, daß das von den städtischen Behörden angeordnete Verbot einer „Märzfeier“ am Jahrestag der Märzrevolution dem Preußenverein, der eine solche Veranstaltung auseinanderzujagen drohte, zuzuschreiben sei; die Demokraten mußten sich jedenfalls mit privaten Feiern begnügen.⁸⁵ Ebenso folgenschwer war die wachsende politische Gleichgültigkeit. Schon im April begannen viele Organisationen infolge mangelnder Teilnahme sich aufzulösen. Dieser Vorgang wirkte sich besonders auf die Gemäßigten aus, die aus Enttäuschung alles Interesse an der Politik verloren. Nur drei Gesellschaften sollten das Jahr überdauern: der Arbeiterverein auf der extremen Linken, der reaktionäre Preußenverein und die „Städtische Ressource“, die allezeit nicht nur rein politische Zwecke verfolgt hatte.⁸⁶

Dieser traurige Vorgang hätte sich unaufhaltsam fortgesetzt, wenn nicht plötzlich die Maikrise von 1849 hereingebrochen wäre. Für eine kurze Zeit belebte diese das politische Leben in der Stadt wieder — wie dies einst die Novembertage 1848 getan hatten.

82) J a c o b y, Briefwechsel, S. 488—489, 549; „National-Zeitung“ Nr. 160 vom 13. September 1848, Nr. 61 vom 5. März 1849.

83) „National-Zeitung“ Nr. 23 vom 25. Januar 1849.

84) Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 2, vol. 19, fol. 12; „National-Zeitung“ Nr. 52 vom 24. Februar 1849.

85) „National-Zeitung“ Nr. 81 vom 26. März 1849; Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 2, vol. 19, fol. 43—44.

86) J a c o b y, Briefwechsel, S. 586; [J u n g], Königsberg, S. 506—507.

Am 21. April löste das Ministerium Brandenburg die Zweite Kammer auf, nachdem diese gegen dessen unwirksame und wankelmütige innerdeutsche Politik sowie gegen die Fortdauer des Belagerungszustandes in Berlin protestiert hatte. Ende des Monats fanden diese Begebenheiten auch ihr Echo in Königsberg. Während der ersten zehn Maitage gärten es nochmals in der Stadt. Als die ministerielle Rechtfertigung in den Theatern verlesen wurde, spottete man darüber und sang die Marseillaise. Rupp wurde bei seiner Rückkehr aus Berlin überall mit Beifall empfangen. Fast jeden Tag kam es zu Volksversammlungen, an denen zuweilen einige tausend Personen teilnahmen. Natürlich war auch der Preußenverein tätig; einmal stiftete er einige Maurer an, abends eine Versammlung mit Messern und Knüppeln anzugreifen, was die Opposition veranlaßte, den Schutz der Bürgerwehr in Anspruch zu nehmen, um ähnliche Vorfälle in Zukunft zu vermeiden. Am 7. Mai beschloß eine etwa 2 000 bis 6 000 Personen zählende Versammlung im Böttchershöfchen, daß die städtischen Behörden einen Städtetag aller Provinzstädte einberufen sollten, um die Vorfälle in Berlin und eine angemessene Erwiderung darauf zu erörtern.

Diese Forderungen fanden eine günstige Aufnahme, denn die Stadtverordneten hatten bereits den König ersucht, das Ministerium zu entlassen; am 8. Mai beriefen sie und der Magistrat einen Städtetag für den 19. Mai ein. Die Regierung forderte dagegen den Widerruf dieser Einladung, ein Befehl, dem der Magistrat schließlich gehorchte.⁸⁷ Wegen dieses Druckes lehnte auch die Mehrzahl der westpreußischen Städte die Einladung offiziell ab.⁸⁸ Immerhin trat am anberaumten Tag der Städtetag zusammen; es nahmen mehrere ostpreußische Städte sowie die wichtigen westpreußischen Städte Marienwerder, Graudenz und Elbing daran teil. Zum Abschluß gab der Städtetag eine Erklärung ab, in der die Souveränität der Frankfurter Nationalversammlung anerkannt, die preußische Intervention in Sachsen verurteilt sowie Entlassung des Ministeriums, Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin, Bruch mit Rußland und Österreich sowie Wiederaufnahme des Krieges mit Dänemark verlangt wurde.⁸⁹ Der Regierung zum Trotz, die sich weigerte, dem Städtetag einen offiziellen Charakter beizumessen, erklärten die Königsberger Stadtverordneten ihre Solidarität mit der Konferenz.⁹⁰

Auch nach dem Abschluß des Städtetages dauerte die Unruhe fort. Am 21. Mai gelang es der Opposition, noch etwa 1 000 Bürger in einer Versammlung zusammenzubringen, die, wenn sie auch keine Beschlüsse faßte, wenigstens ihre Verstimmung über die Regierung und die Einberufung der Landwehr zur Unterdrückung der Maiaufstände im Westen laut wer-

87) Staatliches Archivalager Göttingen, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 4, fol. 52—70; „National-Zeitung“ Nr. 120—131 vom 6. bis 26. Mai 1849.

88) Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. A 181, Nr. 10436.

89) „Graudenz Anzeiger“ Nr. 41 vom 23. Mai 1849.

90) „National-Zeitung“ Nr. 131 vom 26. Mai 1849.

den ließ. Die Einberufungen wurden jedoch ohne besondere Widersetzlichkeiten durchgeführt.⁹¹

Der letzte aktive Widerstand gegen die Politik der preußischen Regierung folgte dem berühmten Erlaß vom 31. Mai 1849, der das undemokratische Dreiklassenwahlrecht verordnete. Beinahe automatisch reagierte Königsberg dagegen: fast alle übriggebliebenen politischen Organisationen und noch tätigen Politiker, von der radikalen Linken bis zum rechten Zentrum, an der Spitze der Arbeiterverein, verurteilten den Erlaß als eine Beeinträchtigung der politischen Freiheit.⁹² Am 30. Juni war Königsberg wieder Szene einer Protestversammlung, auf der ein „Provinzial-Kongreß zur Wahrung des verfassungsmäßigen allgemeinen Wahlrechts“ mit 34 Delegierten, die 47 Städte und 138 Dörfer repräsentierten, an die Öffentlichkeit trat. Am Schluß der Versammlung faßten die Delegierten einen Beschluß, der die Nichtteilnahme an den Wahlen vom 17. Juli zur Zweiten Kammer empfahl und einer durch das Dreiklassenwahlrecht zustandekommenden Kammer Legalität absprach.⁹³ Darüber hinaus druckte man über 6 500 Exemplare eines Stimmenthaltungsaufrufs, von denen die meisten kurz darauf von den Behörden beschlagnahmt wurden.⁹⁴

Reaktionäre und Beamte begegneten diesen Anstrengungen mit Gewalt. Major André, ein prominenter Führer des Preußenvereins, soll Dr. Herbst, den Redakteur der „Königsberger Zeitung“, mit Gewaltmaßnahmen gedroht haben, falls er nicht die oppositionelle Tendenz der Zeitung ändere. Noch im Juli bekamen die Königsberger einen Vorgeschmack auf die Bedrückung, die die ganze Stadt in den nächsten Jahren beherrschen sollte. Die Polizei unternahm Haussuchungen in der Hoffnung, dabei schriftliche Stimmenthaltungsversprechen zu entdecken, fand aber keine. Ebenso wurden die Wohnung von Dr. Graf, dem Haupt des Königsberger „Provinzialkomitees“, sowie das Büro Adolf Samters nach Stimmenthaltungs Rundschreiben durchsucht.⁹⁵ Staatliche Unterdrückung und reaktionäre Agitation machten aber einen geringen Eindruck: am 17. Juli bezeigten die Königsberger nochmals durch einen starken Wahlboykott ihre regierungsfeindliche Gesinnung, denn kaum mehr als ein Viertel der Wahlberechtigten nahm an den Wahlen teil.⁹⁶ Passiv und ruhig protestierte die Stadt zum letztenmal gegen die Politik der Regierung.

91) Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 4, fol. 80; „National-Zeitung“ Nr. 138 vom 5. Juni 1849; Jacoby, Briefwechsel, S. 581.

92) „National-Zeitung“, 1849, Nr. 147, 162, 170.

93) ebenda, Nr. 182 vom 3. Juli 1849.

94) Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 2, vol. 19, fol. 109. Abschrift des Rundschreibens bei: Rep. 2, II, Nr. 2881, fol. 92.

95) „National-Zeitung“, 1849, Nr. 166, 202.

96) Vgl. „Neue Königsberger Zeitung“ Nr. 166 vom 18. Juli 1849. Die Wahlbeteiligung je nach den 3 Klassen war so: I: 33 v. H., II: 25 v. H., III: 28 v. H. Ich habe nur eine indirekte aktenmäßige Bestätigung dieser Zahlen finden können, und zwar in einer von der Regierung nach den Wahlen angefertigten Tabelle (Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 2, II, Nr. 2881, fol. 148—149). Leider bezieht sich diese Tabelle auf den ganzen Königsberger Wahlkreis, also nicht nur auf die Stadt selbst, sondern auch auf die angrenzenden Dörfer

Danach geriet Königsberg unaufhaltsam in die lange, sterile Ära der Reaktion. Tatsächlich litt Ostpreußen, wie Reinhard Adam einmal bemerkte, mehr als irgendeine andere preußische Provinz unter dem harten politischen Druck.⁹⁷ Es schien, als ob die Behörden fest entschlossen wären, Königsberg für die Sünden der vormärzlichen Zeit büßen zu lassen.

Die Reaktion spiegelte sich erstens in Veränderungen in der höheren Verwaltung wider. Im März 1849 ersetzte Eduard Flottwell, der ehemalige Oberpräsident der Provinz Posen, Rudolf von Auerswald als Chef der Regierung in der Provinz Preußen. Jedoch in Anbetracht seiner Freundschaft mit dem ehrwürdigen Liberalen Theodor von Schön, ferner wegen der radikalen Haltung seines Sohnes in Elbing und seiner eigenen Kritik am Preußenverein blieb der neue Oberpräsident kaum länger als ein Jahr im Amt.⁹⁸ Sein Nachfolger war der ehemalige Innenminister (September bis November 1848) Franz Eichmann. Es war aber nicht so sehr Eichmann, als vielmehr der neue Polizeipräsident Carl Peters, der eigentlich die Verantwortung für die widerwärtigsten Maßnahmen der Reaktion trug.⁹⁹

Ebenso folgenschwer war die Einflußnahme reaktionärer Führer, Gruppen und Zeitungen auf das politische Leben der Stadt. Bis zu seinem Tode in einem Duell im Februar 1858 übte General von Plehwe, der Begründer und das Haupt des Preußenvereins, einen erheblichen Einfluß aus. Sein größtes und zugleich fragwürdigstes Verdienst für die konservative Sache war jedoch die Förderung Emil Lindenberg's, wohl eines der niederträchtigsten Individuen in der Stadt. Mit Plehwe's Hilfe gelang es Lindenberg, der am „Königsberger Freimüthigen“ mitgearbeitet hatte, Gustav Pflug als Redakteur dieser Zeitung zu entfernen und selbst diesen Platz einzunehmen. Unter dem neuen Redakteur, einem verurteilten Erpresser und anrühigen Alkoholiker, denunzierte und besudelte dieses Blatt die Linke in einer Weise, die sogar seinen bisherigen üblen Ruf übertraf.¹⁰⁰

Von 1849 an litten führende demokratische Politiker ständig unter Bedrohungen und Einschüchterungen. Im Dezember 1849 wurde gegen Johann Jacoby auf Grund seiner Tätigkeit im Stuttgarter Rumpfparlament ein Hochverratsprozeß eingeleitet. Obwohl die Geschworenen ihn für unschuldig befanden und diese Freisprechung auch den Demokraten einen

und die Stadt Fischhausen. Diese Tabelle weist nach, daß von 31 717 Wahlberechtigten nur 11 257 = 35,5 v. H. wählten. Die Zahlen für die drei Klassen waren I: 785 (346 = 44 v. H.), II: 2 158 (776 = 36 v. H.), III: 28 774 (10 135 = 35 v. H.). Zwar sind diese Zahlen höher als die von der „Neuen Königsberger Zeitung“ angeführten, es ist jedoch zu bemerken, daß sie auch ländliche Gebiete umfassen, wo die demokratische Bewegung schwächer war und wo die meistenteils konservative Aristokratie einen größeren Einfluß ausüben konnte.

97) R. Adam: Ost- und Westpreußen in der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts, in: Deutsche Staatenbildung, S. 457.

98) M. Laubert: Eduard Flottwell, Breslau 1919, S. 90; ders.: Vier Königsberg-Briefe Eduard Flottwells, in: Altpreussische Monatsschrift 57 (1920), S. 49—54.

99) Gause, Geschichte der Stadt Königsberg, Bd II, S. 543.

100) [Walesrode], Eine politische Todtenschau, S. 22 ff.

letzten Anlaß zu einem öffentlichen Triumph bot, spielte Jacoby in den nächsten Jahren nur eine bescheidene politische Rolle.¹⁰¹ Walesrode war nicht so glücklich: ihm war die polizeiliche Drangsalierung so unerträglich, daß er schließlich 1854 nach Hamburg übersiedelte.¹⁰² Der schlimmsten Verfolgung sahen sich Rupp und die freikirchlichen Gemeinden ausgesetzt. Fast die ganzen fünfziger Jahre hindurch löste die Polizei Dissidentenversammlungen auf und störte auch Zusammenkünfte in privaten Wohnungen und Biergärten. Lehrer, die sich der Bewegung angeschlossen hatten, wurden oftmals aus ihren Stellungen entlassen. 1851 wurde die Freie Religiöse Gemeinde als eine unerlaubte politische Gesellschaft verboten, und diese Anordnung wurde nachher von den Appellationsgerichten bestätigt. Immerhin fuhr Rupp fort, sich den Behörden zu widersetzen, was ihm wiederholt harte Urteile und Geldstrafen einbrachte.¹⁰³

Natürlich litten auch rein politische Gruppen während der Ära der Reaktion. Wie bereits erwähnt, waren mehrere demokratische und liberale Klubs schon seit Mitte des Jahres 1849 verschwunden. Was den Arbeiterverein betrifft, hatte diese einst zahlenmäßig starke Organisation im Februar 1850 nur noch 350 Mitglieder, und im April löste man sie auf. Die Belästigung der Mitglieder — wie z. B. die im Juni vorgenommenen Haussuchungen, die nichts erbrachten — dauerte aber an.¹⁰⁴ Ein ähnliches Schicksal widerfuhr den anderen Vereinen der Werk tätigen. Der Gutenberg-Bund, eine Verbindung der Buchdrucker, hielt seine letzte, durch die Polizei aufgehobene Zusammenkunft im Oktober 1850 ab; angesichts des beständigen polizeilichen Drucks lösten die Führer diesen kaum mehr lebensfähigen Verein im folgenden Jahr auf. Dasselbe tat auch der Handlungsdienerverein im Jahre 1852.¹⁰⁵

Auch Gruppen, die offensichtlich nicht politisch waren, gingen nach der Revolution ein. Die bloße Mitwirkung der Führer der Freien Religiösen Gemeinde bei der Gründung des Friedensvereins im Herbst 1850 genügte, den Verdacht des Polizeipräsidenten Peters zu wecken. In der Tat wurde diese Organisation — zum Teil wegen ihres Pazifismus und Antimilitarismus, die die Behörden als umstürzlerische politische Ziele ansahen — im nächsten Jahr verboten.¹⁰⁶ Im selben Jahr 1851 löste sich die schon lange unter mangelndem Interesse und geringer Teilnahme leidende „Städtische

101) Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Johann Jacoby wegen seiner Beteiligung an den Sitzungen der deutschen Reichsversammlung in Stuttgart, verhandelt am 8. December 1849 vor dem Königsberger Schwurgericht, Königsberg 1849. Vgl. auch Silberner, Jacoby in der Revolution, S. 242—257; ders.: Johann Jacoby in den Reaktionsjahren und der Neuen Ära, in: Jahrbuch der Albertus-Universität 23 (1973), S. 16 ff.

102) Allgemeine Deutsche Biographie, Bd XL, S. 729.

103) K o n s c h e l, Rupp, in: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd LIII, S. 644; [Walesrode], Eine politische Todtenschau, S. 35 ff.; K a m p e, Religiöse Bewegung, Bd IV, S. 35, 290 ff., 313, 318—319, 338—339, 340.

104) B a l s e r, Sozialdemokratie, S. 150, 615; M a t u l l, Ostpreußens Arbeiterbewegung, S. 15—16.

105) Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 5, vol. 1, fol. 195.

106) ebenda, fol. 73, 150—151.

Ressource“ auf, und so verschwand das letzte schwache Bindeglied zur vormärzlichen Zeit.¹⁰⁷

Ein ähnliches Schicksal traf die radikale Presse. Ende Juni 1850 stellte Samter angesichts neuer, strengerer Pressegesetze die Herausgabe der „Neuen Königsberger Zeitung“, des führenden Presseorgans der Demokraten, ein.¹⁰⁸ Im übrigen verteidigten nur noch zwei weniger bekannte Zeitungen die demokratische Sache. Die „Dorfzeitung für Preußen (Ostpreußisches Volksblatt)“ wurde zweimal wöchentlich in Tilsit und Königsberg von W. Sommerfeld und Robert Schweichel als Redakteuren herausgegeben. Angeblich diente diese Zeitung als Organ des Arbeitervereins und betrachtete „die Vorbereitung der Republik“ als ihre besondere Aufgabe — so behauptete jedenfalls der Innenminister, dessen Spione einen Brief Sommerfelds abgefangen hatten, in einem an die Regierung gerichteten Rundschreiben. Sommerfeld selbst soll sich privat für die „soziale Republik, Abschaffung des Staates und Organisation der Gesellschaft“ erklärt haben.¹⁰⁹ Natürlich wagte man es nicht, in den Spalten der „Dorfzeitung“ ein so extremes Programm zu verkünden; doch verraten die noch übriggebliebenen beschlagnahmten Nummern eine ausgeprägt radikal-demokratische Linie.¹¹⁰ Wahrscheinlich ging auch diese Zeitung etwa zur selben Zeit wie das bekanntere Samtersche Organ ein, denn nach 1850 wird sie nicht mehr erwähnt. Das einzige weitere bedeutende oppositionelle Journal war Rupps „Ostpreußischer Volksbote“, der sogar noch im Jahre 1851 zum Verdruß von Peters versuchte, „die gute Gesinnung der Einwohner Königsbergs und der Provinz zu untergraben“ — dies hauptsächlich durch eine Kritik an den bestehenden Kirchen. Mit Inkrafttreten der Pressegesetze von 1851 verschwand auch diese Zeitung, nachdem die Regierung dem Redakteur die Konzession verweigert hatte.¹¹¹ So blieb am Ende des Jahres nur die anständige und geachtete „Königsberger Zeitung“ übrig, das einzige Blatt, das noch eine — allerdings vorsichtige und feine — Kritik an der Regierung zu üben vermochte.

Die Geschichte Königsbergs in der Zeit von 1848/49 ist nicht ohne Ironie. In der vormärzlichen Zeit stand diese Stadt, wie keine andere der Monarchie, im Vordergrund der liberalen Reformbewegung in Preußen. Dennoch blieb sie im Jahre 1848 selbst verhältnismäßig ruhig. Abgesehen von den Märztagen und sonstigen vorübergehenden Tumulten, blieb Königsberg

107) Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 5, vol. 1, fol. 156 ff.; G a u s e, Geschichte der Stadt Königsberg, Bd II, S. 543—544.

108) H ö n i g, Ferdinand Gregorovius, S. 48.

109) Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 2, fol. 25.

110) Nur wenige noch vorhandene Exemplare (Ende 1849—Anfang 1850) sind im Staatlichen Archivlager Göttingen, Rep. 10, Tit. 37, Nr. 10, fol. 3—30, zu finden. Darin findet man scharfe Kritik an der Regierung und den Kammern, die damals die Verfassungsurkunde konservativ revidierten. Sie enthalten auch Nachrichten über die Gedächtnisfeier für den in Wien im November 1848 hingerichteten Robert Blum.

111) Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 2, fol. 191 ff.; K a m p e, Religiöse Bewegung, Bd IV, S. 338.

frei von jenen Unruhen und Gewalttätigkeiten, die Berlin, Breslau und die größeren Städte im Westen erschütterten. Wie die Jacoby-Korrespondenz und die Begebenheiten selbst andeuten, wies die Stadt unverkennbare, für die demokratischen Radikalen betrübliche Zeichen der politischen Stagnation auf. Eine Rückkehr zum *juste milieu* und — in einigen Fällen — zum Konservatismus wurde immer offensichtlicher, besonders unter dem wohlhabenden Bürgertum.

Zum Teil hatten schon die Zeitgenossen die Anomalie vorausgesehen. In einem anonymen Artikel von 1847, also zu der Zeit, als Königsberg noch einen liberalen Ruf hatte, schilderte Wilhelm Rüstow den beschränkten Umfang öffentlicher Meinung und die bescheidene Stärke des Liberalismus und der Demokratie. Er schrieb: „Unter den 75 000 Einwohnern Königsbergs mögen etwa 9 000 Männer sein, welche eine politische Meinung haben könnten, einer Partei angehören könnten, wenn unsere politische Bildung überhaupt weiter vorgeschritten wäre. — Verlangt man aber, um Jemanden eine Parteistellung anzuweisen, eine feste Ansicht der Dinge von ihm, nicht nach den Ereignissen des Tages wechselnd, sondern durchdacht und dem Urtheile über die Ereignisse des Tages zum beständigen Hintergrund dienend . . . , so wird sich die Zahl der Leute, bei denen von politischer Parteistellung die Rede sein kann, auf höchstens 2 000 reduzieren müssen. Von diesen weise ich 600 auf die Rechte, 1 400 auf die Linke . . .“ Was aber die Stärke der Liberalen anbetraf: „Nach den Nüancen der Entschiedenheit ihrer Ansichten halte ich es indessen für nöthig, sie in einige Unterabtheilungen zu zerlegen: ein Zentrum von 700 Mann, den Altpreußen am Nächsten, eine rechte Linke von 650 Mann, in der sich der Hauptcharakter des Ganzen am Klarsten widerspiegelt, und eine äußerste Linke von etwa 50 Mann, in welcher etwa höchstens 10 praktische Radikale und 40 abstrakte Idealisten zu suchen sind . . .“¹¹²

Diese und andere Betrachtungen hat Arnold Schuetz in einem neueren Aufsatz, der sich auf die Zeit zwischen März und Mai 1848 konzentriert, zusammengestellt. Danach war Königsberg eine Stadt, deren glorreichste politische Betätigung sich im Vormärz abspielte. Im Jahre 1848 aber sei das Niveau des politischen Interesses niedrig gewesen, und die Stadt selbst habe in der deutschen Revolution eine ausgesprochen geringe Rolle gespielt. Die Tatsache sei zum großen Teil durch den wirtschaftlichen Rückstand der Provinz zu erklären: es fehlte Königsberg, im Gegensatz etwa zu Sachsen oder den westlichen Provinzen Preußens, ein breites, klassenbewußtes Proletariat, ohne das die Stadt auch in den künftigen Jahrzehnten nur ein geringes politisches Gewicht haben sollte. Außerdem fürchtete das Bürgertum hier wie in ganz Deutschland Massenaufstände und republikanische Bestrebungen; somit neigte sie politisch der Mitte, wenn nicht dem konservativen Lager zu, woraus auch das Fallenlassen Jacobys zu erklären sei.¹¹³

112) [Rüstow], Die politischen Parteien in Königsberg, S. 291—292.

113) Schuetz, Stellung Königsbergs in der Märzrevolution, S. 29 ff.

Im allgemeinen stimmt der Verfasser mit dieser Darlegung überein, nicht aber ohne Vorbehalte. Vielleicht haben Zeitgenossen und moderne Historiker auch die Stärke der radikal-demokratischen Gruppen unterschätzt. Bei Zusammenzählung der Mitgliederzahlen des Demokratischen Klubs und des Arbeitervereins kommt man z. B. auf eine Gesamtzahl von 1 200, die für die Republik eintraten — eine erheblich größere Zahl als die von Rüstow angegebenen 50 Anhänger der äußersten Linken, also eine gar nicht unbeträchtliche Zahl für eine Stadt von 75 000 Einwohnern (von denen allerdings die Mehrzahl politisch indifferente Frauen und Kinder waren). Ebenso aufschlußreich sind Wahlergebnisse, Volksversammlungen, die Novembertage sowie die Maikrise und schließlich die Boykottierung der undemokratischen Wahlen vom Juli 1849 — alles Ereignisse, die eindeutig die demokratische Einstellung der Stadt bestätigen. Auch der Radikale *Walesrode*, der wie kein anderer die Lauheit der Liberalen und die Schikanen der Reaktion kritisierte, gab zu, daß es den Konservativen nie gelungen sei, eine Wahl auf kommunaler oder Landesebene zu gewinnen; und die Wahl dieses renommierten, allerdings auch oft verhaßten Radikalen sogar in dem für die Demokratie ungünstigen Jahre 1850 in die Stadtverordnetenversammlung war ein glänzendes Zeugnis für das Fortbestehen demokratischer Gesinnung.¹¹⁴

Wenn man auch über diese Tatsachen nicht hinwegsehen soll, kann dennoch nicht geleugnet werden, daß Königsberg sich in der Revolution keineswegs auszeichnete. Wie stark oder wie weit verbreitet die demokratischen Ansichten gewesen sein mögen, so haben die fortschrittlichen Elemente doch nie einen wirksamen, aktiven Widerstand gegen die Regierung geleistet. Ein Grund dafür — darin stimmen fast alle Historiker überein — war die Angst des Bürgertums — seine Furcht vor den Massen, sozialem Umsturz, wirtschaftlicher Störung und politischem Chaos. In dieser Hinsicht war die Lage Königsbergs kaum einzigartig. Die widerspruchsvolle politische Stellungnahme des Bürgertums — sowohl in Preußen als auch in Deutschland und Europa überhaupt — ist fast zum Klischee der historischen Studien über die Revolution von 1848 geworden.

Aber ebenso wichtig war — was weniger beachtet worden ist — die Nichteinbeziehung der Volksmasse in die Revolution. Historiker wie *Theodore Hamerow* haben darauf hingewiesen, daß die Unvereinbarkeit des bürgerlichen Liberalismus mit den sozialen und wirtschaftlichen Anliegen der unteren Volksschichten wohl eine der Hauptschwächen der deutschen Revolution von 1848 gewesen sei.¹¹⁵ Wie der vorliegende Aufsatz darzustellen versucht hat, war das auch in Königsberg der Fall. Was wohl aber diese Stadt — und sogar die ganze Provinz — von den anderen Teilen der Monarchie unterschied, war der Erfolg konservativer Kräfte, eine bedeutende Anzahl von Arbeitern für die monarchische und preußisch-partiku-

114) [*Walesrode*], Eine politische Todtenschau, S. 21; Allgemeine Deutsche Biographie, Bd XL, S. 729.

115) *Th. S. Hamerow*: Restoration, Revolution, Reaction. Economics and Politics in Germany 1815—1871, Princeton, New Jersey 1966, S. 152 ff.

laristische Sache zu gewinnen. Diese Leistung, die den bestürzten Zeitgenossen allzu klar war, ist aber ebenso oft von modernen Historikern gering eingeschätzt oder sogar außer acht gelassen worden.

In den Hafenvierteln der Ostsee schenkte eine erhebliche Anzahl ungelerner, oft verwahrloster Tagelöhner, Sackträger, Speicherarbeiter usw. der Agitation der Linken kein Gehör. Ihres Erachtens waren weder König noch Beamtentum, sondern vielmehr liberale Geschäftsleute und demokratische privilegierte bürgerliche Berufsgruppen der Hauptgegenstand ihrer Unzufriedenheit. Obwohl solche Gefühle freilich ein unreifes politisches Bewußtsein beweisen, ist diese Gesinnung jedoch begreiflich, denn es waren genau jene Schichten, die oft die Arbeiter ausbeuteten oder mindestens einen höheren sozialen Rang und besseren Lebensstandard genossen. In der Tat war es wirklich nicht überraschend, daß dieselben Danziger Sackträger, die 1843 und nochmals im Herbst 1848 streikten, darin keinen Widerspruch empfanden, daß sie Versammlungslokale von Demokraten stürmten, deren Demonstrationen störten und führende Vertreter persönlich angriffen.¹¹⁶ Elbing bietet ein noch besseres Beispiel dieser scheinbaren Paradoxie. Hier blieben die meisten Arbeiter konservativ, und insbesondere die Maurer und Zimmerleute wurden später ein wichtiger Bestandteil des Elbinger Preußenvereins. Zwei größere Tumulte fanden 1848 in Elbing statt, am 16. März und 15. Oktober; in beiden Fällen lehnte man sich nicht gegen die bestehende Ordnung auf, sondern griff vielmehr Häuser und Lokale der Linken — z. B. das Haus des Hauptes der Elbinger Liberalen, Jakob van Riesens — an. Somit war Elbing, sowohl im Vormärz als auch während der Revolution, eine politisch tief gespaltene Stadt; diese Teilung der Einwohner in ein konservatives und ein linkes Lager entsprach deren Zugehörigkeit entweder zur arbeitenden oder zur bürgerlichen Klasse.¹¹⁷ Was sich in Elbing am klarsten widerspiegelte, war auch für Königsberg charakteristisch, das freilich eine größere und mannigfaltigere Stadt war, das aber viele Ähnlichkeiten mit Elbing aufwies.

Sicherlich war der Mißerfolg der Liberalen unter den Arbeitern und die von der ärmeren Bevölkerung gehegte Feindseligkeit gegen die Linke eine Hauptursache für das Scheitern der Revolution von 1848 in dieser Stadt.

Schließlich soll man aber die Revolution von 1848 in Königsberg im Zusammenhang und im Vergleich mit den Ereignissen in anderen Städten und Provinzen Preußens beurteilen. Für diese Betrachtung lassen wir Posen und die westlichen Provinzen beiseite, denn sie unterschieden sich in bezug auf Geschichte, religiöse und nationale Verhältnisse, gesellschaftliche und wirtschaftliche Zustände von denen des im wesentlichen historischen Kernlandes der preußischen Monarchie, von jenen Gebieten, die zumindest seit vor 1815 unter der Herrschaft der Hohenzollern standen.

116) E. Loops: *Danziger Arbeiterbewegung*, Danzig 1929, S. 16 ff.; Cz. Biernat, E. Cieślak: *Dzieje Gdańska* [Geschichte Danzigs], Danzig 1969, S. 380—382.

117) A. Brunck: *Die Arbeiterschaft in der Elbinger Wirtschafts- und Par-*

In den Mittel- und Ostprovinzen waren Breslau und Erfurt die einzigen Provinzhauptstädte, in denen nach dem 18. März tatsächlich ein gefährlicher Widerstand gegen die Regierung entstanden war.¹¹⁸ Außer allgemeinen politischen Kundgebungen des Jahres — Jubel nach dem 18. März, kleinen Tumulten, der Begründung politischer Klubs, der Entstehung einer politischen Presse, Entrüstung und Bestürzung über die Ereignisse vom 9. November und 27. April und schließlich Nichtbeteiligung an den Dreiklassenwahlen — blieben die anderen Städte verhältnismäßig ruhig. Wenn das Jahr 1848 vielleicht in Halle oder Magdeburg dramatischer als in Königsberg verlief, so ließ sich jedoch die Stadt am Pregel weder von Potsdam noch Stettin noch Danzig in ihrem revolutionären Eifer überbieten.¹¹⁹ So war das auch auf dem Lande und in den kleineren Städten des historischen Kernlandes der Monarchie der Fall. Zwar brachen hier und da Aufstände und Tumulte aus¹²⁰; mit Ausnahme von Schlesien kam

tei-Geschichte des Vormärz, in: *Elbinger Jahrbuch*, Elbing 1936, H. 12/13, S. 3—39, bes. S. 36—37. Vgl. auch [F. Kreyssig]: *West-Ostpreußische Skizzen*, in: *Die Grenzboten* 13 (1854), Bd II, S. 401 ff., 450 ff.; B. Satori-Neumann: *Elbing im Biedermeier und Vormärz*, Elbing 1933, S. 50 ff.

118) J. Stein: *Geschichte der Stadt Breslau im neunzehnten Jahrhundert*, Breslau 1884, S. 290 ff., bes. S. 365 ff., 408 ff.; G. Brünner: *Die Revolution in Erfurt im Jahre 1848*, in: *Preußische Jahrbücher* 145 (1911), S. 474—500.

119) A. Schmiedecke: *Die Revolution 1848—49 in Halle (Ausgewählte hallische Forschungen zur mittleren und neuen Geschichte, H. 5)*, Halle 1932; F. W. Hoffmann: *Geschichte der Stadt Magdeburg*, 2 Bde, Magdeburg 1885, Bd II, S. 499 ff.; Harald Müller: *Zur Geschichte der Stadt Potsdam von 1789 bis 1871*, Potsdam 1968, S. 34—47; M. Wehrmann: *Geschichte der Stadt Stettin*, Stettin 1911, S. 472 ff.; E. Keyser: *Danzigs Geschichte*, Danzig 1921, S. 193—194.

120) Wie schon erwähnt, ist die Literatur über die Revolution von 1848 in den preußischen Provinzen noch unvollständig. Nach der neuerdings erschienenen Bibliographie zur Geschichte der Mark Brandenburg, hrsg. von H.-J. Schreckenbach, 4 Bde, Weimar 1970—1974, gibt es kaum Veröffentlichungen über die Mark, die dieses Thema berühren. Für die Niederlausitz vgl. V. Klemm: *Das Revolutionsjahr 1848 in den Städten der Niederlausitz*, in: *Létopis* 15 (1968), S. 150—174; ders.: *Das Revolutionsjahr 1848 in den Dörfern der Niederlausitz*, in: *Létopis* 16 (1969), S. 48—69. Für Pommern vgl. J. Wiśniewski: *Wiosna Ludów na Pomorzu zachodnim [Der Völkerfrühling in Hinterpommern]*, in: *Szkice z dziejów Pomorza*, hrsg. von G. Labuda, Bd III, Warschau 1961, S. 131—179. Forschungen über die Revolution von 1848 in Westpreußen haben sich hauptsächlich mit der polnischen Minderheit befaßt. So z. B. A. Bukowski: *Rok 1848 na Pomorzu [Das Jahr 1848 in Westpreußen]*, in: *Jantar* 6 (1948), S. 111—148; ders.: *Pomorze Gdańskie 1807—1850. Wybór źródeł [Westpreußen 1807—1850. Eine Auswahl von Quellen]*, Breslau 1958, S. LXIII ff., 375 ff.; P. Böhning: *Die national-polnische Bewegung in Westpreußen 1815—1871 (Marburger Ostforschungen, Bd 33)*, Marburg 1973, S. 64 ff. Es fehlt noch an einer ganz Ostpreußen behandelnden Studie; wertvolle Informationen sind jedoch in folgenden Arbeiten zu finden: R. Engels: *Die preußische Regierung Gumbinnen im Sturmjahr 1848*, in: *Jahrbuch der Albertus-Universität* 24 (1974), S. 187—195; B.-M. Rosenberg: *Beiträge zur Geschichte des politischen Lebens in Ermland während des Vormärz und der 1848er Revolution*, in: *Zs. für Geschichte Ermlands* 31/32 (1967/68), S. 239—319; J. Jasiński: *Z zagadnień Wiosny Ludów na Warmii [Über*

es aber nirgendwo zu einem wirklich bedrohenden Verstoß gegen die öffentliche Ruhe oder die bestehende soziale Ordnung. In dieser Hinsicht war Königsberg wohl ein revolutionäres Stauwasser, keineswegs aber ein einzigartiger Sonderfall in Preußen überhaupt.

einige Probleme des Völkerfrühlings im Ermland], in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 1970, Nr. 4 (70), S. 524—544; *Mazury i Warmia 1800—1870. Wybór źródeł* [Masuren und Ermland 1800—1870. Eine Auswahl von Quellen], hrsg. von Wł. Chojnacki, Breslau 1959, S. XXII ff. Die reichliche Literatur über Schlesien ist zu umfangreich, um hier im ganzen angeführt zu werden; für eine gute Zusammenfassung vgl. *Historia Śląska* [Geschichte Schlesiens], Bd II, Teil 2: 1807—1850, hrsg. von St. Michalkiewicz, Breslau, Warschau, Krakau 1970, S. 486—546.

Summary

Königsberg and the Revolution of 1848

This study — which is heavily based on the materials of the *Staatliches Archivlager* in Göttingen as well as on contemporary newspapers and other primary sources — concerns the background, course, and outcome of the Revolution of 1848 in one of the major provincial centers of Prussia. Although Königsberg was one of the larger Prussian cities, its economic vitality was not correspondingly great. Throughout the early 19th century its trade and industry suffered stagnation. Hence the liberal movement here lacked the solid bourgeois class basis of its counterparts in Western Europe. This limitation notwithstanding, Königsberg during the 1840's played a very prominent role in the Prussian oppositional movement, as reflected in key events like the Homage Diet of 1840, the liberal agitation of Johann Jacoby and the *Königsberger Zeitung*, demonstrations of 1843—1845, and the growth of dissident religious sects.

In March 1848 Königsberg underwent much political agitation and even experienced brief riots although these were transient and devoid of bloodshed. Likewise, some working-class disorders occurred in April. Although these soon after abated, and while Königsberg was relatively quiet throughout the year, the city, after the demise of the old order, underwent an efflorescence of political activity, as is especially evident from the growth of a variety of political organizations, including some like the *Arbeiterverein* which were notable not only for their size but also for their pronounced radicalism.

Nevertheless, the revolution fastened only limited roots in Königsberg. One problem was that from April on the well-to-do bourgeoisie, alarmed at working class unrest and revolutionary agitation, increasingly abandoned their former liberalism and commitment to the cause of German unity, a change reflected in the repudiation of Jacoby and other radicals. Just as serious, the Left was unable to draw significant support from the broad masses of the city — and particularly not from the unskilled common workers such as dockworkers, silo workers, and day laborers. On the other hand reactionary elements did succeed in recruiting many of these workers to the *Preußenverein* which, through the employment of often unscrupulous tactics, soon became the largest political organization in Königsberg and one which increasingly harassed the Left.

In the end, however, democratic sentiments still predominated in Königsberg in 1848/49, a fact reflected in the response to the adjournment of the National Assembly in November 1848, in the results of the February 1849 elections, in the demonstrations of May 1849, and finally in the boycott of the undemocratic three-class elections of July 1849. Still the democrats always had to contend with growing political apathy, and they themselves were unable to muster more than passive resistance to the unpopular policies of the Brandenburg ministry.

After July 1849 Königsberg underwent rather severe political repression which led to the almost complete extirpation of democratic activities, organizations, and newspapers in the city.